Morgenausgabe

Nr. 289 / A 146 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 67 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,05 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch 22. Juni 1932

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Für einspalt. Millimeterzeile 30 Pf. Reklamezeile 2.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3 wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Tag der Entscheidungen.

Länderkonferenz über das Uniformverbot. — Wahl des Landtagspräsidiums. — Ministerpräsidentenwahl vertagt.

Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages trat am Dienstagnachmittag in Anwesenheit der Zentrumsmitglieder des Preußischen Staatsrats, Mitgliedern des Reichsrats und der Reichsparteileitung zu einer Sitzung zusammen, in der der stellvertretende Vorsitzende, Abgeordneter Steger, davon Mitteilung machte,

daß ihm der nationalsozialistische Abgeordnete und Landtagspräsident Kerrl den Wunsch geäußert habe, die Wahl des Ministerpräsidenten von der Tagesordnung am Mittwoch abzusetzen und bis nach der Reichstagswahl zu vertagen.

Der Abg. Kerrl habe ausdrücklich betont, daß er im Auftrage der Parteileitung der Nationalsozialistischen Partei und des Vorstandes der preußischen Landtagsfraktion der Nationalsozialisten handele. Landtagspräsident Kerrl habe dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Zentrum sich diesem Wunsch anschließen werde. Nach eingehender Aussprache beschloß die Zentrumsfraktion des Landtages, an den Präsidenten Kerrl folgendes Schreiben zu richten:

„Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags hat von Ihrer im Auftrage der nationalsozialistischen Parteileitung und des Vorstandes der nationalsozialistischen preußischen Landtagsfraktion ihrem Vorstand geäußerte Anregung, die Wahl des Ministerpräsidenten bis nach der Reichstagswahl hinauszuschieben, Kenntnis genommen und erklärt sich damit einverstanden."

Weiter beschäftigte sich die Zentrumsfraktion mit der Wahl des Landtagspräsidenten. Es wurde jedoch in dieser Frage ein Beschluß nicht gefaßt, sondern die letzten Entschlüsse der Fraktion wurden auf Mittwoch zurückgestellt. Das Anerbieten der Kommunisten wird, wie wir aus Zentrumskreisen hören, von der Zentrumsfraktion nicht ernst genommen, weil die Bedingungen der Kommunisten von vornherein für das Zentrum unerfüllbar seien. Das Zentrum habe es selbstverständlich abgelehnt, sich auf Verhandlungen mit den Kommunisten einzulassen.

Die Nazis wollen es nicht gewesen sein.

Der nationalsozialistische Zeitungsdienst weiß über die Vorgeschichte der Verschiebung der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten auf Grund einer Unterredung mit dem Landtagspräsidenten Kerrl folgendes zu berichten:

Im Auftrage Adolf Hitlers und nach Verständigung des Fraktionsvorstands habe Präsident Kerrl dem Zentrumsfraktionsvorsitzenden Abg. Steeger und dem Fraktionsgeschäftsführer Dr. Graß mitgeteilt, daß die nationalsozialistische Fraktion durchaus bereit sei, die Verantwortung für die Regierung in Preußen zu übernehmen. Sie halte aber unter den gegebenen politischen Verhältnissen und mit Rücksicht auf die bedrohliche Lage der preußischen Staatsfinanzen es für untragbar, daß der zu präsentierende Ministerpräsident irgendwie durch zuvorige Abmachungen gebunden sei. Sie verlange vielmehr, daß der von ihr präsentierte Kandidat gewählt würde und

völlig freie Hand in der Bildung des Kabinetts behielte.

Die Herren vom Zentrum erklärten darauf, daß ein solcher Vorschlag für sie unannehmbar sei, worauf Präsident Kerrl erklärte, das habe er vorausgesehen und darum Adolf Hitler gebeten, ihm die Ermächtigung zu geben, falls das Zentrum bei der gegebenen Sachlage den Wunsch äußere, die Wahl des Ministerpräsidenten bis nach der Reichstagswahl zu vertagen, unsererseits diesem Wunsche zuzustimmen.

Nach längerer Aussprache einigte sich Präsident Kerrl mit den Vertretern des Zentrums dahin, daß beide Fraktionen, also sowohl das Zentrum wie die NSDAP. die Vertagung der Ministerpräsidentenwahl auf die Zeit nach den Reichstagswahlen beantragen sollen.

Das Zentrum behielt sich die Genehmigung der Fraktion vor und Präsident Kerrl die Genehmigung Adolf Hitlers, **die voraussichtlich unter der Bedingung erteilt würde, daß Präsident Kerrl am 22. Juni endgültig gewählt würde.**

Entscheidende Stunden.

Die Reaktion macht scharf.

Heute tritt der Preußische Landtag wieder zusammen. Zugleich tagt die vom Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl einberufene Konferenz der Innenminister der Länder.

Der Landtag wird nicht den Versuch unternehmen, einen Ministerpräsidenten zu wählen. Die Nationalsozialisten haben das Zentrum um Vertagung der Wahl bis nach der Reichstagswahl ersucht, das Zentrum hat seine Zustimmung dazu gegeben, also wird die Wahl eines Ministerpräsidenten von der Tagesordnung abgesetzt werden. Danach wird die jetzige Preußenregierung pflichtgemäß die Geschäfte weiterzuführen haben. Jeder Versuch, diese geschäftsführende Regierung als eine Regierung minderen Rechts hinzustellen oder zu behandeln, muß mit Entschiedenheit als verfassungswidrig zurückgewiesen werden. Vor allem jeder solche Versuch, der von der Reichsregierung ausgehen würde! Die Reichsregierung hat sich einem sicheren Mißtrauensvotum des Reichstags entzogen. Sie hat keine Volksmehrheit hinter sich, sondern eine Volksmehrheit gegen sich, und eine durch das Volk erteilte Mißtrauenskundgebung vor sich.

Das Präsidium des Preußischen Landtags soll heute endgültig gewählt werden. Die Verantwortung für den Ausgang dieser Wahl liegt bei den Kommunisten. Um diese Verantwortung zu verschleiern, hat die Landtagsfraktion der KPD. erklärt, daß sie bereit wäre, für ein Präsidium aus Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokratie zu stimmen, wenn Zentrum und Sozialdemokratie zwei kommunistische Forderungen annehmen: die Aufhebung des Demonstrationsverbots in Preußen und die Nichtdurchführung der Notverordnungen der Reichsregierung. Es ist klar, daß die Erfüllung der ersten Forderung die bürgerkriegsähnlichen Zustände verschärfen und die der zweiten vom Reiche sofort mit der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen beantwortet werden würde! Mit diesem Trick wird die Kommunistische Partei ihre Verantwortung nicht vernebeln können; denn in der Praxis lautet die Alternative, die sie stellt, nur so: entweder ein rein faschistisches Landtagspräsidium oder ein Reichskommissar in Preußen. Da Zentrum und Sozialdemokratie selbstverständlich nicht Anlaß zur Einsetzung eines Reichskommissars geben werden, steht vor der Kommunistischen Partei die Frage, ob sie durch ihre Haltung ein rein faschistisches Landtagspräsidium im Preußischen Landtag einsetzen will. Um diese Verantwortung kommt sie nicht herum!

Die Bedeutung der Dinge in Preußen wird jedoch überragt von der Länderkonferenz. In dieser Konferenz wird die Lage besprochen werden, wie sie sich in den wenigen Tagen seit der Aufhebung des SA.-Verbotes und des Uniformverbotes herausgebildet hat. Diese Lage ist mit einem kurzen Satz bezeichnet: Deutschland steht am Rande des Bürgerkrieges. Der Ausgang dieser Länderkonferenz wird von entscheidender Bedeutung sein für den inneren Frieden und für die zukünftige Entwicklung Deutschlands.

Seit Tagen wird das Reichsinnenministerium von rechtsradikaler Seite scharf gemacht, damit es über die Verfassung hinweg in die Polizeihoheit der Länder eingreife. In der rechtsradikalen Presse und auf den beliebten Hintertreppenwegen wird ein Druck auf den Reichsinnenminister ausgeübt, der bis zu offenen Drohungen geht. Schon am Vortag der Konferenz kündigten die Rechtsradikalen an, was sie erwarten: Entweder den Ausnahmezustand oder aber eine Notverordnung, die praktisch den Ländern die Polizeihoheit nehmen und zugleich den nationalsozialistischen Terror befreien und legalisieren würde. Das waren die Forderungen, die Hitler, persönlich bei Gayl erhoben hat. Würde das Reichsinnenministerium diesen

Offene Bürgerkriegshetze.

Wie die nationalsozialistische Presse provoziert.

In welch skrupelloser und gemeingefährlicher Weise die nationalsozialistischen Zeitungen eine Bürgerkriegshetze betreiben und damit die politischen Gewalttaten anregen und fördern, zeigen einige Auslassungen, die wir in dem offiziellen Organ der Hitlerpartei in Essen, der „National-Zeitung", vom 18. Juni d. J. finden. In dieser Hakenkreuzzeitung heißt es u. a. in Fettdruck:

„Wir Nationalsozialisten wollen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es eine Rückkehr zur Brüning-Methode nicht mehr geben kann, daß aber ebenso die Zeiten endgültig vorbei sind, wo Zentrum und Marxismus an den Säulen des Reiches rüttelnd dickten. Es gibt in Deutschland nur eine Bewegung, die einig ist in ihren Wünschen und Wollen bis ins letzte Grenzdorf, das ist der Nationalsozialismus. Es gibt heute in Deutschland zwei große Machtfaktoren, die eine nationale Regierung für ihre Arbeiten einsetzen kann, um den Bestand und den langsamen Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu gewährleisten: Hunderttausend Mann Reichswehr und eine halbe Million SA. Wenn die Entwicklung so weiter treibt wie in diesen Tagen, dann muß Deutschlands Zukunft binnen kurzem in den Fäusten der SA. und auf den Bajonetten der Reichswehr liegen."

In demselben Artikel befinden sich schon vorher ähnliche aufreizende Bemerkungen. Man prophezeit, daß der Zeitpunkt, an dem in Deutschland alles drüber und drunter gehe, nahe herbeigekommen sei, Zentrum und Sozialdemokratie nur mit der Peitsche zu regieren seien. Wörtlich heißt es: „Wir Nationalsozialisten können im Bewußtsein unserer durch nichts mehr zu erschütternden Stellung den Dingen klar ins Auge sehen und das Kind beim richtigen Namen nennen. Wenn die Regierung Papen in den nächsten Tagen und Wochen die Zügel schleifen läßt, wenn sie es weiter duldet, daß in der zentrümlichen und marxistischen Presse aller Richtungen ungestraft in der schlimmsten Weise gegen die nationale Mehrheit des deutschen Volkes, gegen Reichsregierung und Reichspräsident gehetzt wird, wenn sie es weiter duldet, daß die Novembergrößen der SPD. im Lande herumziehen und in wilden Brandreden zum Bürgerkrieg auffordern, dann kann man sich an den Fingern abzählen wann der Tag gekommen ist, wo tatsächlich in Deutschland alles drunter und drüber geht. Zentrum und SPD. sind nur mit der Peitsche zu regieren."

Angesichts dieser provozierenden Schreibweise und in Verbindung mit dem unverschämten Auftreten der uniformierten SA. in den Straßen braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn es in zahlreichen Orten täglich zu politischen Gewalttaten kommt. Angesichts dieser Vorgänge ist es auch nicht schwer, zu erkennen, wo die wirklichen Urheber und Träger der innenpolitischen Unruhen sitzen!

Der bayerische Polizeigesetzentwurf.

Vom Verfassungsausschuß angenommen.

München, 21. Juni.

Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages nahm am Dienstag nachmittag ohne Aussprache den bekannten Gesetzentwurf zur Ergänzung des Polizeistrafgesetzbuches an, der im Zusammenhang mit dem neuen bayerischen Uniformverbot steht.

Innenminister Dr. Stützel gab die Erklärung ab, daß es immer sein Bestreben gewesen sei, einen einheitlichen Vollzug der einmal ergangenen Anordnungen über das ganze Land herbeizuführen.

Die Vorschriften, die von der bayerischen Regierung erlassen wurden, seien allgemeiner Natur gewesen, hätten sich gegen alle gleichmäßig gerichtet und müßten daher durchaus als recht und billig anerkannt werden.

rechtsradikalen Forderungen nachkommen, so wäre der ernsteste Verfassungskonflikt heraufbeschworen und zugleich der innere Friede unheilvoll zerstört!

In der rechtsradikalen Agitation ist namentlich gegen die süddeutschen Länderregierungen eine Sprache angeschlagen worden, die nicht nur auf das tiefste beleidigend und beschimpfend ist, sondern auch Zeugnis davon ablegt, daß die Nationalsozialistische Partei revolutionäre Ziele gegen die verfassungsmäßigen Verhältnisse verfolgt. Bei diesem Pressefeldzug hat die Nationalsozialistische Partei deutlich ihr Gesicht gezeigt. Der Berliner „Angriff" hat am Vorabend der Länderkonferenz zynisch zu verstehen gegeben, daß die Nationalsozialistische Partei die schlimmste antisoziale Notverordnung tolerieren könne, wenn die Reichsregierung den Machtwünschen und den gegen den inneren Frieden gerichteten Forderungen der Nationalsozialisten entspreche, daß sie sich aber die Maske sozilaer Demagogie vornehmen werde, wenn das Reichsinnenministerium den Befehlen Hitlers nicht gehorche.

Am Vorabend dieser Länderkonferenz ist ferner von München aus eine neue Alarmmeldung ergangen, ähnlich jener, die am Vorabend des Sturzes des Kabinetts Brüning bekannt wurde und die in der Folge durch die tatsächliche Entwicklung bestätigt wurde. Eine Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten" behauptet, daß abermals das Reichswehrministerium in stärkster Weise sich in die Politik einmische, daß Leute aus dem Reichswehrministerium, die an den Treibereien gegen Groener beteiligt waren, den Pressefeldzug der Scharfmacher zum Druck auf das Reichsinnenministerium dirigiert hätten und daß Herr v. Schleicher auf dem Wege über den Ausnahmezustand nach der ganzen Macht in Deutschland greifen wolle.

Nach diesem Vorspiel kommt der Länderkonferenz entscheidende Bedeutung zu! Als die sogenannte politische Notverordnung erlassen wurde, wurde gleichzeitig ein Brief des Reichspräsidenten veröffentlicht, der eine Mahnung an alle darstellte und der die Voraussetzungen umriß, unter denen die Aufhebung des SA.-Verbotes und des Uniformverbotes erfolgt ist.

Die Ereignisse, die seitdem eingetreten sind, der offenkundig organisierte Aufruhr der Hitlerschen Bürgerkriegsarmee vor allem in München und in Köln zeigen auf das deutlichste, daß die Voraussetzungen für die Aufhebung des SA.- und des Uniformverbotes vollständig durchlöchert sind. Deutschland hat heute bereits jene bürgerkriegsähnlichen Zustände, die die Regierung Brüning befürchtete, wenn Hitlers Bürgerkriegsarmeee weiter wirtschaften könnte wie bisher!

Jene Entscheidungen der Reichsregierung, die die Rechtsradikalen schon am Vorabend der Länderkonferenz glaubten voraussagen zu dürfen, und die praktisch darauf hinauslaufen würden, daß das Reich den um die Aufrechterhaltung des inneren Friedens bemühten Regierungen der Länder in den Arm fallen würde, würde über das Wort des Reichspräsidenten hinwegschreiten, das er in seinem Briefe an den Reichsinnenminister verpfändet hat!

Die Mehrheit des Volkes müßte in einer solchen Entscheidung einen ungeheuren Affront durch die Reichsregierung erblicken. Denn diese Reichsregierung hat keine Mehrheit des Volkes hinter sich — siehe die Wahlen in Hessen — und sie wird auch bei den kommenden Wahlen keine Mehrheit des Volkes hinter sich bekommen!

Bayern als Mahner.

München, 21. Juni.

Der bayerische Innenminister Stützel reist am Dienstag abend nach Berlin ab, um an der Konferenz der Innenminister teilzunehmen. Er wird von mehreren Herren begleitet, die als juristische Berater in Spezialfragen anzusehen sind. Vor der Abreise des Innenministers trat noch einmal der Ministerrat zusammen, um die Punkte festzulegen, die Dr. Stützel in Berlin vertreten wird.

Die „Bayerische Staatszeitung" schreibt zu der Ministerkonferenz in Berlin, es wäre ganz fehl am Platze, wollte der Reichsinnenminister den Vertretern der Länder gegenüber, die eine eigene Regelung in der Uniformfrage für zweckmäßig befunden haben, den scharfen Ton anschlagen, der ihm von den Nationalsozialisten und neuerdings auch vom Reichsministerium her so dringend empfohlen werde. Mit militärischem Ton oder gar mit Zwangsmaßnahmen gegen die Länder sei schwerlich dort etwas zu erreichen, wo das Recht stehe und die Pflicht, das zu tun, was den eigenen Ländern den Frieden sichere. Der bayerische Innenminister befinde sich in einer Lage, die allem anderen eher als der Rolle eines Angeklagten gleiche. Die Zusammenstöße mit uniformierten Parteigängern in Norddeutschland hätten ihm eher die Rolle eines Mahners an die Reichsregierung zugeteilt. In der Bekämpfung dieser blutigen Ausschreitungen sei die Energie der Reichsregierung weit besser verwendet als in einem Kampf gegen die Länder, die mit besseren Maßnahmen das schon erreicht haben, was in Norddeutschland leider noch in weiter Ferne zu stehen scheine.

Zentrum für Uniformverbot.

Unter der Ueberschrift „Für das Zentrum keine Zeit" schreibt die „Germania":

„Die Herren Justizrat Mönning, Dr. Perlitius und Dr. Bockel hatten sich am Dienstag zu einer Unterredung bei dem Reichsminister des Innern angemeldet, um in Vertretung des von Berlin abwesenden Parteivorsitzenden Kaas dem Minister die Auffassung des Zentrums über die Wiederzulassung der Parteiuniformen darzulegen. Der Minister ließ erklären, daß er aus Zeitmangel nicht in der Lage sei, die Abordnung zu empfangen. Er nahm aber eine zufällige Gelegenheit wahr, um im Preußischen Staatsrat Herrn Justizrat Mönning über die beabsichtigte Vorstellung der Abordnung zu hören. Mit Rücksicht darauf, daß es der Reichsleitung der Zentrumspartei dringlich darauf ankommen muß, daß die Reichsregierung die Auffassung des Zentrums kennenlernt, geben wir in folgendem bekannt, was die Abordnung dem Reichsinnenminister erklären wollte:

„daß sie die Absicht hatte, darzulegen, daß die sich täglich mehrenden Zusammenstöße und blutigen Zwischenfälle in allen Teilen **des Reichs eine Folge der Aufhebung des Parteiuniformverbotes seien. Die Reichsregierung trage damit eine ungeheure Verantwortung für die sich verschärfenden politischen Kämpfe. Die Zentrumspartei müsse erwarten, daß die Reichsregierung aus dieser Sachlage umgehend die Konsequenzen ziehe."**

Reichsinnenministerium und Verbände.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat sich mit der Führung der NSDAP., des Stahlhelm, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Jungdeutschen Ordens, des Werwolf und der Kreuzschaar in Verbindung gesetzt, um sicherzustellen, daß diejenigen Bestimmungen beachtet werden, die der Reichsminister des Innern auf Grund der Verordnung vom 14. Juni 1932 für erforderlich hält.

Der Weg zur Einheitsfront

Eine Erklärung des Bundesvorstandes des ADGB.

Der Vorstand des ADGB. veröffentlicht die folgende Erklärung zur Einheitsfrontfrage:

„Seit dem Sturz der Regierung Brüning wird der Gedanke der Einheitsfront der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei unter der Arbeiterschaft in den Betrieben lebhaft erörtert.

Der Vorstand des ADGB. ist fest davon überzeugt, daß der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur gebieterischen Pflicht macht. In den anderthalb Jahrzehnten der Nachkriegszeit, seit dem Beginn der verhängnisvollen politischen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung,

waren die freien Gewerkschaften die Träger des Einheitsgedankens. In ihren Reihen war dieser Gedanke in den Grenzen des politisch Möglichen verwirklicht.

Daß man sich von allen Seiten gerade an sie, insbesondere an den Vorstand des ADGB. wendet, die Rolle des Mittlers zu übernehmen, beweist, daß diese Tatsache allseitig anerkannt wird.

Leider hat diese Anerkennung noch nicht zu der Einsicht geführt, daß die Voraussetzung für eine Einheitsfront die Einstellung des gehässigen und verleumderischen Bruderkampfes ist, der tagtäglich in Versammlungen, in der Presse und in Flugblättern geführt wird. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat sich noch in neuester Zeit ausdrücklich dazu bekannt, diesen Kampf hemmungslos fortzusetzen. In einer Erklärung vom 20. Juni 1932 sagt die kommunistische Parteizentrale:

„Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen „Burgfrieden" zu gewähren, wie es die SPD.- und ADGB.-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern ... Es gibt für die Kommunisten keinen „Burgfrieden" mit Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse."

Diese Erklärung ist unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Einheitsbestrebungen in der Arbeiterschaft von der höchsten Instanz der KPD. abgegeben worden.

Unter diesen Umständen sieht der Vorstand des ADGB. für Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten.

Die einheitliche Abwehrfront der politischen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung ist nur denkbar, wenn alle Beteiligten freiwillig darauf verzichten, die Kampfgenossen in entehrender Weise anzugreifen. Der Verzicht auf böswillige Verunglimpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie während des Wahlkampfes ist die Mindestbedingung, die die Kommunistische Partei erfüllen muß, wenn der Vorstand des ADGB. seinen Einfluß für die Bildung einer gemeinsamen politischen Abwehrfront in die Waagschale werfen soll. Es ist eine Forderung, auf die kein ehrlicher Befürworter der Einheitsfront verzichten kann.

Es wird die Aufgabe der organisierten Arbeiter selbst sein, die moralischen Grundlagen für ein einheitliches Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen. Sie müssen jedem, der den Bruderkampf in ihren Reihen mit den bisherigen verwerflichen Mitteln in Wort und Tat fortsetzt, unzweideutig klarmachen, daß er den Todfeinden der deutschen Arbeiterklasse den Weg zum Siege bahnt.

Amerikas Eingreifen.

Frankreich fordert Abschlußzahlung. — Deutschland lehnt ab.

Lausanne, 21. Juni. (Eigenbericht.)

Das entscheidendste Ereignis für den Verlauf der Lausanner Konferenz war das am Dienstag erfolgte direkte Eingreifen der Amerikaner in die Verhandlung.

Kurz nach zwei Uhr nachmittags erschienen Gibson und Norman Davies, begleitet vom englischen Außenminister Sir John Simon, bei Macdonald im Hotel Beau-Rivage, wo sie über zwei Stunden blieben. Die Absicht, auf die Lausanner Verhandlungen einen starken Druck auszuüben, hat die bisher eingenommene amerikanische Haltung so grundlegend geändert. Wie bei der Geheimkonferenz am Montagabend in Morges zwischen Herriot, Paul Boncour und Marcel Ray einerseits sowie Gibson und Norman Davies andererseits, handelte es sich auch diesmal wieder für Amerika darum, den untrennbaren Zusammenhang zwischen den finanziellen Fragen und der Abrüstung aufrechtzuerhalten und beide zusammen zur Lösung zu stellen. Der Eindruck der amerikanischen Intervention auf die Konferenz war sehr stark. Obwohl die Amerikaner nach wie vor bestreiten, sich um die Reparationsfrage zu kümmern, so versteht es sich von selbst, daß sie auch in deren Erörterung durch ihr eigenes Vorgehen hineingezogen sind.

Nach den Amerikanern empfing Macdonald wiederum Herriot und German Martin. Die Verhandlungen gingen in beiden Fällen bereits in die Einzelfragen. Eine Einigungslinie ist indessen noch nicht zu sehen.

In der Verhandlung Macdonalds mit Deutschlands Vertretern hat Macdonald nunmehr offiziell bekanntgegeben, daß Frankreich im Falle der endgültigen Liquidierung der Reparationen eine gewisse Abschlußzahlung verlangen müsse und hat auch einen fertigen Vorschlag für eine solche Zahlung gemacht.

Die deutsche Vertretung steht einem solchen Vorschlag ablehnend gegenüber, ja man erfährt aus sicherster Quelle, daß sich die Gegensätze verschärft haben. Herriot könne, so wird von französischer Seite betont, ohne eine Anerkennung irgendeiner deutschen Zahlungsverpflichtung, die nach seinem eigenen Vorschlag erst dann amortisiert und verzinst zu werden brauche, wenn Deutschland dazu nach Feststellung eines internationalen Komitees wirklich in der Lage sei, nicht vor die Kammer und die öffentliche Meinung in Frankreich treten. Die Taktik der deutschen Regierung läuft offenbar auf eine Hinausschiebung der Stellungnahme hinaus.

Amerikas Abrüstungsvorschläge an Frankreich.

Genf, 21. Juni. (Eigenbericht.)

Die eigentlichen Detailverhandlungen über die Abrüstungsfragen gingen auch am Dienstag in Genf vor allem weiter zwischen den drei Mächten Amerika, England und Frankreich. Man wird die anderen Delegationen ständig auf dem laufenden halten, aber mit erfolgten Vereinbarungen erst hervortreten, wenn solche gefunden sein werden.

Die Amerikaner setzten ihre Bemühungen fort, die Franzosen zu einer Herabsetzung ihrer Truppenstärke zu bringen. Für die qualitative Abrüstung machten sie einen neuen Vorschlag, der fast einen völligen Verzicht auf ihre seitherige Taktik bedeutet. Es soll nämlich den Franzosen soweit entgegengekommen werden, daß die tatsächlich als solche bezeichneten Angriffswaffen nur nicht mehr erneuert werden sollen, während die bestehenden bis zu ihrem Verbrauch weiter existieren sollen. In der Frage der budgetären Begrenzungsmethode wurde zum erstenmal offiziell von amerikanischer Seite der Vorschlag gemacht, eine 25prozentige Herabsetzung aller Rüstungsausgaben für sämtliche Teilnehmer der Konferenz vorzuschlagen. Auch hier befinden sich die Verhandlungen noch vollkommen im Fluß, und es ist noch nicht zu übersehen, wie lange sie weitergehen werden.

Severing zum Demonstrationsverbot.

Aufhebung unmöglich. — Lockerung ab 3. Juli.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich gestern zunächst mit den Anträgen auf schnellste Hilfsmaßnahmen für die durch schweres Unwetter betroffenen Gebiete. Es wurde ein Antrag angenommen, der die Reichsregierung um umfassende Hilfsmaßnahmen ersucht.

Der Hauptausschuß ging dann zur Beratung eines nationalsozialistischen Antrages auf Aufhebung des vom Polizeipräsidenten am 31. Oktober 1931 erlassenen allgemeinen Demonstrationsverbotes über, der vom Abg. Freiherr von Gregory (Nat.Soz.) begründet und von den Abgg. Kasper (Komm.) und Ebersbach (Dnat.) unterstützt wurde.

Minister Severing machte darauf aufmerksam, daß der Antrag nur eine Aufforderung enthalte,

der die Regierung nicht entsprechen könne, weil die Voraussetzungen dafür nicht vorlägen, nämlich daß die Teilnehmer an Demonstrationen sich friedlich und unbewaffnet versammeln.

Ausnahmegenehmigungen würden schon jetzt loyal und unparteiisch gewährt. Ab 3. Juli werde auch generell eine Lockerung eintreten. Immerhin sei Vorsicht geboten, weil die Aufhebung des Uniformverbots und die finanziellen Maßnahmen der Reichsregierung die politische Hochspannung wieder sehr verstärkt hätten. Der Minister erklärte bei dieser Gelegenheit weiter, daß er dem Antrage der Deutschnationalen stattgeben werde, in welchem verlangt werde, dem Vorstand und Kreis 10 der Deutschen Studentenschaft in Gemeinschaft mit der Bündischen Reichsschaft, der Stahlhelm-Studentenschaft, dem Sudetendeutschen Heimatbund die für den 28. Juni geplante Lustgartenkundgebung gegen das Friedensdiktat von Versailles zu gestatten.

Nach weiterer Aussprache wurde der nationalsozialistische Antrag angenommen.

Es folgten dann Serien von kommunistischen und nationalsozialistischen Agitationsanträgen auf steuerlichem Gebiet. Am Vortag war beschlossen worden, alle Einkommen über 12 000 Mark pro Jahr fortzusteuern. Jetzt wurde beschlossen, alle Einkommen über 100 000 M. jährlich mit einer Sondersteuer zu belegen. Frage: Wo kommen Einkommen über 100 000 M. her, wenn die Einkommen über 12 000 M. fortgesteuert sind?

Ein kommunistischer Antrag, der das Staatsministerium ersucht, in allen Dienststellen, Betrieben und Anstalten des Staates und der Gemeinden den Siebenstundentag bzw. die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einzuführen und entsprechend der Arbeitszeitverkürzung Erwerbslose einzustellen, wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten angenommen.

Der Präsident des Städtetages beim Reichsinnenminister. Der Reichsinnenminister empfing am Dienstag den Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert. In der Unterredung wurde **hauptsächlich das Verhältnis des Reiches zu den Gemeinden und die Beschaffung der Mittel für die Wohlfahrtserwerbslosen erörtert.**

Straßer muß Farbe bekennen.

Die Sozialdemokratie läßt nicht locker.

Obwohl von verschiedenen Fraktionen des Reichstags die Einberufung des Ueberwachungsausschusses verlangt worden ist, um zu prüfen, ob die Auflösung des Reichstages verfassungsmäßig berechtigt war, und um zu den Hungernotverordnungen der Regierung Hitler-Papen Stellung zu nehmen, hat der Vorsitzende des Ausschusses, Gregor Straßer, bisher noch nichts von sich hören lassen. Wir verstehen dieses Stillschweigen. Herr Straßer scheut sich, den Ausschuß einzuberufen, weil er dort eine Entlarvung der Nationalsozialisten befürchten muß. Die Verantwortung der Nationalsozialisten für die Hungernotverordnung würde nämlich in diesem Ausschuß klar herausgestellt werden. Der Abg. Dr. Hertz (Soz.) hat nunmehr namens der sozialdemokratischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses folgendes neue Ersuchen um Einberufung des Ueberwachungsausschusses an Herrn Gregor Straßer gerichtet:

Im Auftrage der sozialdemokratischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses richte ich an Sie das höfliche Ersuchen, diesen Ausschuß in der allernächsten Zeit zu einer Sitzung einzuberufen.

Zur Ermöglichung einer Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Auflösung des Reichstags und einer Stellungnahme zu den letzten Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten war die Einberufung des Ueberwachungsausschusses bereits von anderer Seite gewünscht worden.

Wir haben nun den Wunsch, daß der Ausschuß nicht nur zur Erörterung dieser Fragen einberufen wird, sondern auch deshalb, weil von der Reichsregierung große Barmittel zur Sanierung der rheinisch-westfälischen Großindustrie ausgegeben und Garantien für die Schiffahrt übernommen werden. Hierzu ist die Reichsregierung aber ohne Genehmigung des Reichstags bzw. des Ueberwachungsausschusses gar nicht berechtigt. Wir halten es für dringend geboten, dem Ueberwachungsausschuß alsbald Gelegenheit zu geben, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Wir sind gespannt, ob Herr Gregor Straßer jetzt endlich den Ausschuß einberufen wird, oder ob er es vorzieht, sich schützend vor die Geldgeber der Nationalsozialisten zu stellen, indem er den Ausschuß nicht einberuft und so versucht, eine Erörterung der Sanierung bankrotter Industrieunternehmungen aus Steuergeldern unmöglich zu machen.

Der Beamtenschub.

Die Reaktion richtet sich häuslich ein.

Nachdem bei dem großen Beamtenschub im Reichsinnenministerium zuerst Ministerialdirektor z. D. Kamecke zum Leiter der Verfassungsabteilung im Reichsinnenministerum ausersehen war, ist man davon wieder abgegangen. An Stelle des sozialdemokratischen Ministerialdirektors Menzel soll der Landrat a. D. und ehemalige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Gottheiner Ministerialdirektor in der Verfassungsabteilung werden.

Gottheiner bringt für die neue Regierung schon dadurch die Befähigung zu seinem neuen Amt, weil er von der preußischen Staatsregierung im Jahre 1930 wegen seiner Beteiligung am Young-Plan-Volksbegehren als Landrat abgesägt worden ist. Im Reichstag ist Herr Gottheiner als außerordentlich selbstbewußter, stockreaktionärer Herr bekannt geworden.

Der ebenfalls den Linksparteien nahestehende Ministerialdirigent Hänßschel ist im Reichsinnenministerium „beurlaubt" worden. Seine Stelle soll in Zukunft nicht mehr besetzt werden, damit die ihm unterstellten Beamten größere Handlungsfreiheit erhalten. Das bedeutet eine Stärkung des reaktionären Einflusses in dieser Abteilung, der sowohl der Oberregierungsrat Erbe wie der Ministerialrat Scholz angehören. Ministerialrat Scholz ist der Rundfunkreferent, der schon unter Groener seine Sympathien für die Nationalsozialisten nicht verhehlt hat und jetzt offen nationalsozialistische Politik betreibt. Von Oberregierungsrat Erbe ist bekannt, daß er als Referent für „Verbände" seinerzeit monatelang „nichts davon gemerkt hat", daß der berüchtigte deutsche Volkssportverein ein rein nationalsozialistischer Verband war, obwohl der erste Vorsitzende dieses Vereins der Berliner SA.-Führer Graf Helldorf ist. Der sichere Weg zur Reaktion ist also jetzt auch im Reichsinnenministerium geebnet.

Auch Volksparteiler sind nicht beliebt.

Der Ministerialdirektor in der Reichskanzlei, von Hagenow, ist zur Disposition gestellt worden. Er ist bereits am gestrigen Montag ausgeschieden.

Von Hagenow gehört der Deutschen Volkspartei an. Wie verlautet, wird Ministerialdirektor z. D. von Hagenow jedoch an anderer Stelle im Reichsdienst Verwendung finden. Der bisher von Hagenow innegehabte Posten wird voraussichtlich eingespart werden.

Wilde Schießerei in Wandsbek.

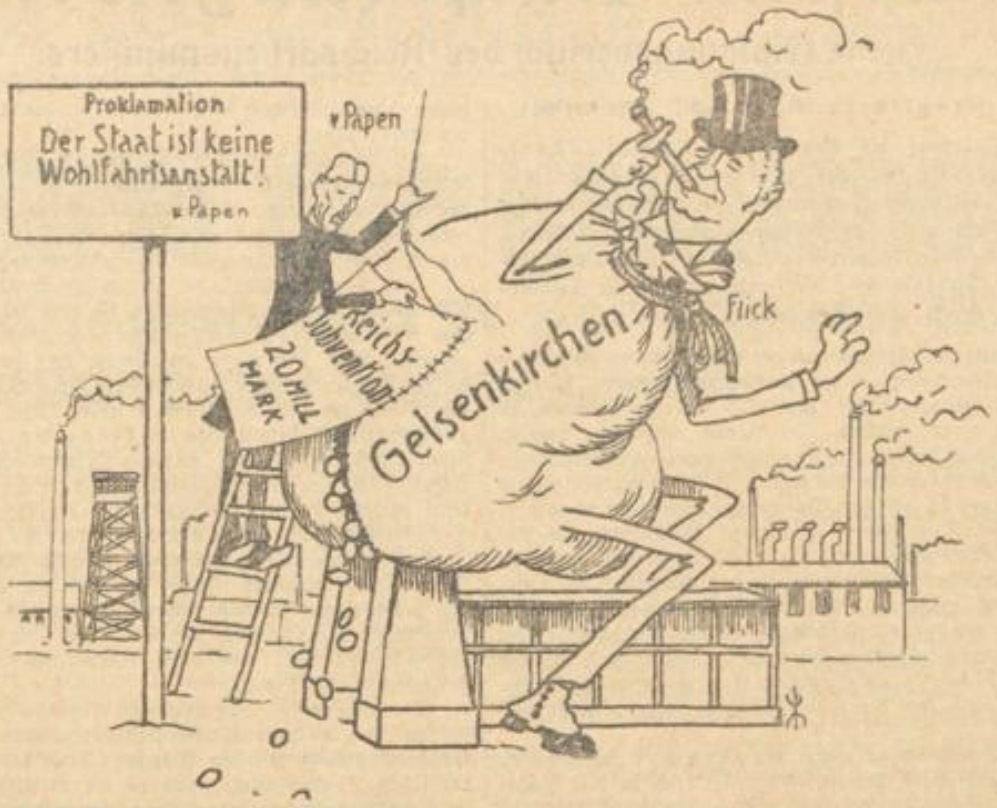
Zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten.

Hamburg, 21. Juni. (Eigenbericht.)

Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es am Dienstagabend in Wandsbek. Die Nationalsozialisten veranstalteten im „Schützenhof" eine Sonnenwendfeier, zu der sie in Trupps und einzeln marschierten. Unterwegs wurde ein Teil der heranmarschierenden Nationalsozialisten von Kommunisten verfolgt. In der Nähe des Volkshauses begegneten sich ein Trupp Nationalsozialisten und ein Trupp Kommunisten. Noch bevor sich die Trupps genähert hatten, fiel aus den Reihen der Nationalsozialisten ein Schuß, worauf eine wilde Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten einsetzte. Als der Ueberfallwagen der Polizei erschien, ergriffen die Kommunisten die Flucht, während die Nationalsozialisten weiter schossen. Darauf gab auch die Polizei eine Reihe von Schüssen ab. Es wurden vier Personen verletzt, davon zwei schwer. Die Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus gebracht.

Die chilenische Militärdiktatur, die das kurzlebige linksradikale Regime Grove gestürzt hat, geht sehr scharf vor. Die in Valparaiso verhafteten Kommunisten wurden auf einem Zerstörer fortgeschafft. Acht Russen, die sich an der kommunistischen Bewegung beteiligt haben sollen, sind verhaftet worden. Das Standrecht ist verhängt. Die Eisenbahner streiken. Militär hat die Bahnen besetzt.

Schwerindustrielle Sanierung.



Flick: „Ich bin geplatzt ..."
v. Papen: „Tut nichts, ich werde Ihnen aus Reichsmitteln einen ‚Flick' aufnähen."

Sturmzeichen auf dem Arbeitsmarkt.

Das Ende der Entlastung schon erreicht?

Das Barometer des Arbeitsmarktes zeigt auf Sturm. In der Zeit vom 1. zum 15. Juni ist die Zahl der Arbeitslosen im Reich nur noch um 14 000 Personen gesunken, so daß die Gesamtzahl der Erwerbslosen Mitte Juni immer noch 5 569 000 Personen betrug. Ganz offensichtlich zeigt sich in dieser Entwicklung der letzten Wochen, daß die Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft nahezu ihr Ende erreicht hat, und daß voraussichtlich im Juli schon wieder mit einer Zunahme der Erwerbslosigkeit gerechnet werden muß.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in diesem Frühjahr hat infolge der anhaltenden Konjunkturverschlechterung, welche die günstigen Saisoneinflüsse zum großen Teil wirkungslos gemacht hat, auch die schlimmsten Erwartungen übertroffen. Ein Vergleich mit dem auch schon sehr schlechten Frühjahr 1931 zeigt, wie weit die Entlastung in den vergangenen Monaten hinter dem vorigen Jahr zurückgeblieben ist.

Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich:

	1931	1932
15. bis 31. März	—226 000	— 98 000
1. „ 15. April	—120 000	—100 000
16. „ 30. April	—240 000	—197 000
1. „ 15. Mai	—140 000	— 64 000
16. „ 31. Mai	—144 000	— 92 000
1. „ 15. Juni	— 51 601	— 14 000
Zusammen:	921 601	565 000

Von Mitte März bis Mitte Juni hat sich also die Gesamtzahl der Arbeitslosen in diesem Jahr nur um 565 000 Personen, im vergangenen Jahr dagegen um 921 601 Personen verringert. Die Ueberlagerung der Arbeitslosenziffer im Vergleich mit dem Juni vorigen Jahres beträgt jetzt 1,56 Millionen.

Diese Hiobsbotschaft vom Arbeitsmarkt fällt zeitlich dicht zusammen mit der ersten Notverordnung der Regierung Papen, die mit der Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung Millionen von Erwerbslosen dem Hunger ausliefert. In der gleichen Notverordnung hat die Regierung auch zur Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Diese Stellungnahme bestand jedoch ausschließlich in nichtssagenden Deklamationen. Ein großzügiges Programm der Arbeitsbeschaffung, wie es von der Regierung Brüning unter Anregung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände ausgearbeitet war, sucht man bei der jetzigen Regierung vergebens.

Die Prämienanleihe, deren Erlös ausschließlich zur Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten dienen sollte, und die bereits vor fünf Wochen vom Reichstag angenommen war, ist in der Notverordnung völlig unter den Tisch gefallen.

In Finanzkreisen, die es wissen müssen, wird bereits ganz offen davon gesprochen, daß die Regierung Papen die Prämienanleihe gänzlich aufgesteckt habe.

Soweit sind wir also in Deutschland glücklich gekommen! Auf dem Höhepunkt der saisonmäßigen Entlastung haben wir ein Arbeitslosenheer von 5½ Millionen Menschen. Die Regierung, deren dringendste Aufgabe es sein müßte, diese Unsumme von brachliegenden Energien nutzbar zu machen, behandelt diese drängende Frage mit einer Lässigkeit, als ob heute noch Zeit zu verlieren wäre. Da die Regierung offenbar nicht den Blick für diese Dinge hat, so muß man es ihr mit aller Deutlichkeit sagen, daß bei der von ihr geschaffenen sozialpolitischen Situation die Lage auf dem Arbeitsmarkt sich dahin entwickelt, daß äußerste Gefahr im Verzug ist.

Entscheidung des Staatsgerichtshofes.

Preußisches Polizeiverwaltungsgesetz verfassungsmäßig.

Leipzig, 21. Juni.

In der Verfassungsrechtsstreitsache der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei des Preußischen Landtages gegen den Preußischen Landtag und das preußische Staatsministerium auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 hat der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich dahin entschieden, daß der Klageantrag zurückgewiesen wird.

Nazistudenten provozieren Prügeleien.

Uniformverbot in der Frankfurter Universität.

Frankfurt a. M., 21. Juni. (Eigenbericht.)

Zwischen sozialistischen und nationalsozialistischen Studenten kam es am Dienstagvormittag in den Gängen der Frankfurter Universität wiederholt zu tätlichen Auseinandersetzungen, nachdem die Sozialisten sich bei dem Rektor darüber beschwert hatten, daß die Nazistudenten uniformiert in der Universität erschienen waren.

Sämtliche Vorlesungen wurden gestört und mußten zeitweise unterbrochen werden. Der Rektor der Universität verbot schließlich das Tragen jeglicher Parteiuniform in den Räumen der Universität und erzielte durch eine Rücksprache mit den nationalsozialistischen Studenten deren Zusage zur Respektierung dieses Verbots.

Volksbühne.

Colantuoni: Geld ohne Arbeit.

Ein Sommerstück, das durchaus winterliche Vorzüge und Erfolgswirkungen hat. Es handelt sich um ein italienisches Volksstück, um die Groteske, die wegen eines großen Loses gespielt wird. Alle Jämmerlichkeit des Spießers, alle Dummheit, alle Begehrlichkeit und aller Aberglauben werden sehr hübsch durchgehechelt. Und es wird ein außerordentlich vergnüglicher Abend, für den die Zuschauer begeistert danken.

M. H.

Kommunistische Messerstecher.

Oppeln, 21. Juni.

Am Dienstagvormittag wurde in Muchenitz ein schwerer Ueberfall auf einen SS.-Mann, den Tischler Josef Mann, ausgeführt. Als Mann auf seinem Fahrrade durch das Dorf fuhr, sprangen aus einem Gehöft plötzlich sechs Bewaffnete hervor, rissen ihn vom Rade und fielen mit Messern über ihn her. Der Ueberfallene blieb besinnungslos liegen. An seinem Aufkommen wird gezweifelt, da er starke Blutverluste erlitten hat. Die Täter sind Kommunisten.

Nächtliche Zusammenstöße.

Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein Nationalsozialist erschossen.

In den gestrigen späten Abendstunden häuften sich trotz der polizeilichen Wachsamkeit in fast allen Stadtvierteln Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern. Fast ausnahmslos gerieten größere Trupps Kommunisten mit Nationalsozialisten in blutige Schlägereien. Eine Reihe von Beteiligten wurde verletzt. Im Kreuzbergviertel spielte sich eine Schießerei ab, bei der ein Nationalsozialist von einer Kugel getroffen wurde. Der Verletzte wurde ins Urban-Krankenhaus gebracht.

In der Rostocker Straße in Moabit hatten Kommunisten sämtliche Straßenlaternen gelöscht. Als die Polizei mit einem größeren Aufgebot anrückte, flüchteten die Täter. Ein ähnlicher Vorfall spielte sich eine Zeit später in der Schliemannstraße im Norden Berlins ab. In beiden Fällen gelang es der Polizei, die Kommunisten zu zerstreuen.

Die rumänische Sozialdemokratie hat von der augenblicklich regierenden Partei der Nationalzaranisten das Angebot eines Bündnisses für die Parlamentswahl am 17. Juli erhalten. Die Sozialisten haben dieses Angebot ebenso wie die ihnen vor zwei Wochen vorgeschlagene Teilnahme an der Regierung abgelehnt und erklärt, daß sie allein in den Wahlkampf gehen, denn die jetzige Regierung Vaida sei keine neutrale Wahlregierung, sondern eine Parteiregierung des alten oligarchischen Systems.

Kampf im Buchdruckgewerbe?

Heute Einigungsversuch des Reichsarbeitsministers.

Frankfurt a. M., 21. Juni. (Eigenbericht.)

Zur Beilegung des Konflikts der Buchdruckereihilfsarbeiter hat das Reichsarbeitsministerium die bisherigen Tarifparteien zu Mittwoch, 10 Uhr, nach Frankfurt a. M. zu Einigungsverhandlungen geladen. Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums ist mit der Führung dieser Verhandlungen der Landesschlichter für Südwestdeutschland Dr. Klemmich beauftragt worden.

Die Empfehlung des Beirats und der Gauleiter des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter an das Buchdruckereipersonal, in allen Druckorten das Arbeitsverhältnis zum 24. Juni zu kündigen, ist sozusagen restlos befolgt worden. In Berlin, Hamburg, Leipzig, Köln, München und allen anderen Druckorten haben die graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen am letzten Freitag entweder einzeln oder durch Listen gekündigt. In einigen Betrieben sowohl in Berlin als auch im Reich haben verschiedene RGO.-Leute auf Anordnung ihrer Zentrale ihre Kündigung nicht eingereicht, angeblich, weil ihnen die Kündigungsaktion nicht als das geeignete „revolutionäre" Kampfmittel erscheint. Mit diesen Erklärungen, die sich praktisch nicht von denen der Gelben unterscheiden, haben es die RGO.-Anhänger jedoch bewenden lassen. Sie „warten ab", wie sich die Situation, auf die sie schon infolge ihrer zahlenmäßigen Bedeutungslosigkeit nicht den geringsten Einfluß haben, „entwickeln" wird.

Ob es am Sonnabend zu einem Großkampf im gesamten deutschen Buchdruckgewerbe kommt, hängt natürlich in der Hauptsache von dem Ausgang der heutigen Verhandlungen in Frankfurt am Main ab. Führen diese Verhandlungen zu keiner Verständigung zwischen den Parteien, so ist der Ausbruch dieses Kampfes am Sonnabend gewiß. Einige Firmen in Leipzig und ein Betrieb in Berlin haben, offenbar in der Erwartung, daß dieser Kampf unvermeidbar ist, zum Freitag auch die Buchdrucker gekündigt. Der Verband der Deutschen Buchdrucker hat wegen dieser Massenkündigungen, die tarifwidrig sind, Klage bei den örtlichen Tarifschiedsgerichten erhoben.

Gelingt es in den Verhandlungen am Mittwoch nicht, zum Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages für das Buchdruckereihilfspersonal zu kommen und den Ausbruch des Hilfsarbeiterstreiks zu vermeiden, ist auch mit ernsthaften Differenzen zwischen den Buchdruckereibesitzern und den Gehilfen zu rechnen.

Der „Korrespondent", das Organ des Buchdruckerverbandes, beschäftigt sich in seiner Ausgabe Nr. 50 vom 22. Juni eingehend mit dem Hilfsarbeiterkonflikt. Die Unternehmer werden in dem Artikel gewarnt, etwa darauf zu spekulieren, daß sie ihren reaktionären Absichten gegenüber den Hilfsarbeitern im Hinblick auf tarifrechtliche Verpflichtungen der Gehilfenschaft freien Lauf lassen können. Der „Korrespondent" betont, daß es keine Verletzung der tariflichen Friedenspflicht sei, „wenn bei einem berechtigten Streik der Hilfsarbeiter von jedem Gehilfen 1. keine Streikarbeit, d. h. keine andere Arbeit verrichtet wird, als er bisher geleistet hat, 2. kein Gehilfe einen Streikbrecher anlernt, 3. die Zusammenarbeit mit einem Streikbrecher infolge tariflicher Haftung und Verantwortlichkeit des Gehilfen für die ihm zur Aufsicht zugewiesenen Maschinen oder Apparate und die ihm übergebenen Druckaufträge ablehnt, und nötigenfalls aus diesem Grund das Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der tariflichen Kündigungsfrist gelöst wird".

Der nicht nur für die graphische Hilfsarbeiterschaft, sondern auch für die Buchdruckunternehmer sehr bedeutsame Artikel des „Korrespondent" schließt mit den Worten: „Auch ohne Verletzung ihrer tariflichen Friedenspflicht wird es die Gehilfenschaft im deutschen Buchdruckgewerbe verstehen, ihre einfachsten Solidaritätspflichten hochzuhalten. Denn in dieser Richtung besteht im Rahmen des gesamten Produktionsprozesses im Buchdruckgewerbe eine soziale Schicksalsgemeinschaft zwischen Gehilfen- und Hilfsarbeiterschaft, die beide Teile dazu verpflichtet, ihre Arbeiterehre nicht mit Füßen treten zu lassen!" Die Buchdruckunternehmer sind also gewarnt, den Bogen nicht zu überspannen.

Arbeitsmarktkatastrophe.

In Berlin Mitte Juni Zunahme der Arbeitslosen!

Die Zahl der Arbeitsuchenden im Bezirke des Landesarbeitsamtes Brandenburg erhöhte sich während der Zeit vom 1. bis 15. Juni um insgesamt 16 025 (in Berlin um 18 386) Personen. Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden erhöhte sich auf 803 280 (787 255) Personen. Davon entfielen auf Berlin 605 053 (588 667), Brandenburg 183 262 (185 629) und Grenzmark Posen-Westpreußen 14 965 (14 959). An Unterstützungsbeziehern waren in der Arbeitslosenversicherung 141 870 (148 117) Personen zu verzeichnen, davon in Berlin 107 526 (110 418), Brandenburg 32 124 (35 525) und Grenzmark Posen-Westpreußen 2220 (2174). In der Krisenfürsorge betrugen die entsprechenden Zahlen für Berlin 156 578 (153 754), Brandenburg 52 978 (54 262), Grenzmark Posen-Westpreußen 4512 (4700), zusammen 214 018 (212 716). Wohlfahrtserwerbslose wurden am 31. Mai 1932 im Gebiete des Landesarbeitsamtes Brandenburg 309 968 (30,4 = 300 575) gezählt, davon in Berlin 247 558 (238 750).

Diese Katastrophenzahlen Mitte Juni, wo Baugewerbe und Landwirtschaft den Arbeitsmarkt entlasten müßten, zeigt, welche unmittelbare Auswirkung auf das Wirtschaftsleben der Sturz der Regierung Brüning und die Preisgabe der Arbeitsbeschaffung durch die Naziregierung haben. Dabei geben diese Zahlen ein nur unvollkommenes Bild der wirklichen Lage. Immer größer wird die Zahl derer, die die Arbeitsämter nicht mehr aufsuchen, weil sie weder Unterstützung noch Arbeit bekommen.

Weiße Salbe.

Wie Herr Schäffer Arbeit beschafft.

Das Wolff-Büro teilt mit: Das Reichsarbeitsministerium ist seit langem bemüht, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine freiwillige Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Neuerdings sind auch die Landesarbeitsämter in den Dienst dieser Aufgabe gestellt worden, an der sie durch ihren Aufgabenkreis besonders interessiert sind. Die Landesarbeitsämter sollen durch besondere Kurzarbeitszeitausschüsse auf die Arbeitsstreckung in den einzelnen Gewerbezweigen und Betrieben ihres Bezirkes hinwirken und an den Verhandlungen dieser Ausschüsse auch die Gewerbeaufsichtsbeamten und gegebenenfalls die Schlichtungsorgane beteiligen. Zugleich sind die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgefordert worden, die Landesarbeitsämter durch tatkräftige Mitarbeit bei der Durchführung dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen.

*

Wie durch eine derartige Anweisung an die Landesarbeitsämter eine „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" erfolgt, ist ungefähr ebenso klar, wie der Naziobersf und kommende Reichskommandeur für Arbeitsdienst sich die Ueberwindung der Wirtschaftskrise vorstellt. Die Landesarbeitsämter haben weder die Befugnisse noch die Machtvollkommenheit, die Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Diese Machtvollkommenheit hat einzig die Reichsregierung. Die will davon aber keinen Gebrauch machen. Deshalb verordnet sie weiße Salbe.

Hetze gegen die Gewerkschaften.

Die Kommunisten buhlen um die Gunst der Nazis.

Die „Welt am Abend", ein Blatt, das in Sadismus, Pornographie und Sozialistenhetze macht, behauptet jetzt, Genosse Urich, Bevollmächtigter der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, habe in der Sitzung der mittleren Ortsverwaltung am 10. Juni 1932 erklärt, „daß man sich mit der Absicht trage, den DMV.-Vorstand wieder zurück nach Süddeutschland zu verlegen".

Die „Welt am Abend" lügt. Weder Genosse Urich noch irgendein anderes Mitglied der Ortsverwaltung hat eine derartige oder ähnliche Erklärung abgegeben. Die Hetze der „Welt am Abend" gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei soll vielleicht dazu dienen, ihr mildernde Umstände zuzubilligen, wenn, wie die Kommunisten fürchten, Hitler zur Herrschaft gelangt. Es ist möglich, daß mit der Verbreitung solcher Schwindelmeldungen die Kommunisten sich die Gunst der Nazis erschleichen. Sie werden aber dafür die Verachtung und den Haß der gesamten Arbeiterschaft eintauschen müssen.

Für die Einheitsfront!

Die Wirkung des Nazikurses.

Der alte christliche Gewerkschafter Wieber widmet dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft, den er ein Leben lang verfochten hat, im „Deutschen" eine wehmütige Grabrede. Er hofft zwar auch noch am Grabe der Arbeitsgemeinschaft auf deren Auferstehung in späteren Zeiten, für die Gegenwart aber bleibe nur übrig, mit aller Entschiedenheit den Entscheidungskampf um die Stellung der Arbeiterschaft gemeinsam zu führen. Wieber schreibt u. a.:

„Das sogenannte „neue System", dessen Neuheit doch kaum mehr als ein Aufpolieren alter Vorkriegsmentalität ist, stützt diejenigen Kräfte im Kapitalismus, welche manche schon gestorben wähnten. Leider weckt es nicht die Genialität alter Industriekapitäne und des wirtschaftlichen Weitblicks, sondern wesentlich nur alte Herreninstinkte. Aber nicht den Herreninstinkt einer Aristokratie des Geistes, sondern einer sehr üblen reaktionären Gesinnung. Unter solchen Auspizien steht es schlecht um den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft. Er steht augenblicklich nicht hoch im Kurs. Vielleicht erreicht er noch einmal die Kurshöhe der Vereinigten Stahlwerke. Und dennoch glauben wir an diese Idee als an eine tragende Kraft im Leben unseres Volkes... Wir fühlen, daß diese Zeit, die wie kaum eine andere zur Explosion drängt, und zur völligen Zerstörung dessen, was in mehr als zehnjähriger mühevoller Arbeit geschaffen wurde und an deren Ende vielleicht gar Blut und Rebellion stehen, dieser Idee um so weniger entbehren kann, je mehr sie sich davon innerlich entfernt, wenn sie auch äußerlich den Ruf nach „nationaler Einheit" erschallen läßt. Aber wir wissen auch, daß heute der Entscheidungskampf um die Stellung der Arbeiterschaft angebrochen ist. **Es gibt Momente in der Geschichte jeder Volksgruppe, wo trotz weltanschaulicher Trennungen das Gemeinsame in Verteidigung der Rechte oberstes Gesetz wird. Diese Stunde ist heute für die deutsche Arbeiterschaft gekommen."**

Diese Auffassung Wiebers dürfte von der gesamten Arbeiterklasse geteilt werden. Es handelt sich aber nicht nur darum, die Uebereinstimmung in der Beurteilung der Tatsache festzustellen, daß die Arbeiterschaft einen Entscheidungskampf um ihre Lebensrechte auszufechten hat. Es wird darauf ankommen, aus dieser gemeinsamen Erkenntnis die praktischen Schlußfolgerungen zu ziehen. Die erste Schlußfolgerung muß sein: „Alle Kräfte gegen den gemeinsamen Feind!" Wir sind aber auch der Meinung, daß es dabei nicht bleiben kann und darf. Zunächst freilich wird die Arbeiterschaft selbst dafür zu sorgen haben, daß diese notwendige Voraussetzung einer erfolgreichen Abwehr auch von allen erfüllt wird, die in Zukunft noch als Vertreter der Arbeiter gelten wollen.

Der Sattlerverband im Jahre 1931.

Alleinbetriebe verdoppelt, Beschäftigtenzahl halbiert.

Die Gewerkschaften haben unaufhörlich vor dem Lohnabbau gewarnt, weil durch ihn die Kaufkraft der Massen geschwächt, der Absatz aller Güter des Bedarfs immer mehr gedrosselt und die Arbeitslosigkeit nicht vermindert, sondern nur noch vermehrt wird. Wie berechtigt diese Warnungen gewesen sind, wird in dem Jahrbuch 1931 des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverbandes mit aller Deutlichkeit offenbar. Seit drei Jahren schon ist im Sattlerverband die Arbeitslosigkeit stets doppelt so hoch gewesen wie in den übrigen Verbänden des ADGB., deren Arbeiter zu den sogenannten Konjunkturgruppen zählen.

Im Berichtsjahr 1931 war die Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern geradezu verheerend. Im Jahresdurchschnitt waren in der Treibriemenbranche 36 Prozent der Mitglieder arbeitslos, in der Lederwarenbranche 49 Prozent, in der Fahrzeugbranche 56 Prozent und in der Tapeziererbranche 56½ Prozent. Die Erzeugnisse der Lederwarenindustrie sind nun einmal in der Hauptsache Massenluxusartikel, deren Kauf oder Reparatur in keinem Arbeiterhaushalt — wo infolge des Lohnabbaues mit jedem Groschen gerechnet werden muß — als dringend notwendig betrachtet wird.

Eine Brieftasche, ein Portemonnaie, eine Aktenmappe kann noch so schäbig aussehen oder reparaturbedürftig sein, die Neuanschaffung oder Instandsetzung hat zur Konsequenz hinter den Ausgaben für Ernährung und Bekleidung. Und die Beschäftigungslage in der Lederwarenindustrie hängt nicht davon ab, wieviel teure Handtaschen oder Geldbörsen von den mondänen und besitzenden Damen der sogenannten Gesellschaft gekauft werden, sondern wieviel Millionen der billigeren Erzeugnisse unter den Massen der werktätigen Bevölkerung im Jahr umgesetzt werden.

Die schlechte Beschäftigungslage bot den Unternehmern natürlich Anlaß, einen Vorstoß nach dem andern gegen die Löhne zu unternehmen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 209 Lohnbewegungen für 46 230 Beschäftigte geführt. Im Durchschnitt wurden die Löhne in der Lederwarenbranche um 6,85 Prozent gesenkt, in der Tapeziererbranche um 7,21 Prozent und in der Treibriemenbranche um 8,31 Prozent.

Auf die Mitgliederbewegung ist die ungeheure Arbeitslosigkeit begreiflicherweise auch nicht ohne Einfluß geblieben.

Die Zahl der Beschäftigten ist seit Ende 1928 um insgesamt 26 663, das ist um 49 Prozent, zurückgegangen. Der Organisation gingen im Berichtsjahr 4 414 Mitglieder oder 15,6 Prozent des vorjährigen Mitgliederbestandes verloren, so daß sie Ende 1931 insgesamt 23 907 Mitglieder zählte, davon 3 753 weibliche. Da den verminderten Beitragseinnahmen keine entsprechende Verminderung der Ausgaben für Unterstützungen gegenüberstand, mußten zur Balanzierung von Einnahmen und Ausgaben 231 621 Mark aus dem Verbandsvermögen genommen werden. Die ungeheure finanzielle Belastung des Sattlerverbandes durch die langanhaltende Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder wird durch einen Blick in die Jahresabrechnung der Hauptkasse ersichtlich, die bei einer Gesamteinnahme von rund 710 000 Mark eine Ausgabe von 568 080 Mark für Unterstützungen, allein fast **460 000 Mark für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung,** ausweist. Diese Zahlen sprechen aber auch für den Wert einer guten Organisation, besonders in Krisenzeiten. Alles in allem darf ohne Lobhudelei gesagt werden, daß sich der Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller im Krisenjahr 1931 verhältnismäßig gut gehalten hat.

Erfolgreiche Bewegung der Rohrer.

Die Fachgruppe der Rohrer des Baugewerksbundes, Baugewerkschaft Berlin, teilt mit: Bei nachgenannten Firmen ist die verhängte Sperre aufgehoben: Wilhelm Stahl, Richard Arndt, Hermann Benzke, Christian Woina, Belling u. Krottke, Friedrich Diehling, Laufmann u. Wernecke, Friedrich Pantermährt. Die hier genannten Firmen haben den Tarifvertrag in allen seinen Bestimmungen anerkannt. Arbeitsaufnahme erfolgt am Mittwoch, den 22. Juni.

Dazu teilt uns die Firma Belling u. Krottke mit, daß sie als Tarifkontrahent stets den vollen tariflichen Lohn gezahlt hat und zahlen wird. Sie weist darüber hinaus noch darauf hin, daß sie als jahrelange alleinige Lieferantin der beiden Bauhütten selbst ein Interesse an einer friedlichen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften hat. Danach scheint die Ausdehnung der Sperre auf die Firma Belling u. Krottke einem Irrtum zugrunde zu liegen, da die Angaben der Firma vom Baugewerksbund nicht bestritten werden.

Ueber 1½ Millionen Wohlfahrtserwerbslose.

Ihre Zahl wird immer größer.

Der Arbeitslose — soweit seiner Unterstützung nichts im Wege steht — ist sechs Wochen lang Hauptunterstützungsempfänger. Ist er dann noch hilfsbedürftig, gelangt er in die Krise, in der er 52 Wochen bleibt. Dann ist er reif für die Wohlfahrt. Dem über 40 Jahre alten Krisenunterstützten kann diese Unterstützung für weitere 13 Wochen gewährt werden, so daß er anstatt nach 58 Wochen, erst nach 71 Wochen Wohlfahrtsunterstützter wird.

Nach der Erhebung des Preußischen Statistischen Landesamts vom 31. Mai 1932 sind in Preußen bei den Bezirksfürsorgeverbänden **1 508 988 Wohlfahrtserwerbslose** gezählt worden. Ende April waren es 1 464 358, so daß die Zahl der Erwerbslosen im Monat Mai um 44 630 zugenommen hat. Im April war eine Zunahme von 49 768 zu verzeichnen.

Auf 100 Einwohner kommen durchschnittlich 38,9 Wohlfahrtserwerbslose. In Fürsorge- oder Notstandsarbeit, vereinzelt auch im freiwilligen Arbeitsdienst standen 56 787 Wohlfahrtserwerbslose.

Anklage der alten Beamten-Pensionäre.

Die „Allgemeine Vereinigung deutscher Beamten im Ruhestande, Wartegeldempfänger und deren Witwen", Bezirk Groß-Berlin, nahm in seiner Hauptversammlung eine Entschließung einstimmig an, in der sie gegen die Notverordnungen schärfsten Protest erhebt. „Die übergroße Mehrheit unserer Kollegen und Kolleginnen", heißt es da, „lebt in verzweifelter Not und hat oft kaum die Bezüge der Wohlfahrtsempfänger. Die Versammlung erwartet, daß sofort mindestens eine Freigrenze in der Höhe des lohnsteuerfreien Einkommens festgelegt wird."

In der Diskussion kamen erschütternde Anklagen gegen die Regierung zum Ausdruck. Rentner, die nun von ihren 100 Mark dem Reich noch 1,50 Mark, Preußen sogar 5 Mark opfern sollen, Witwen, die von 45 bis 50 Mark kümmerlich vegetieren, Wartegeldempfänger im besten Mannesalter sind auf „Nebenarbeit" angewiesen und willkommene Ausbeutungsobjekte der Unternehmer.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Mittwoch, 22. Juni, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Südwesten:** Jugendheim Dockstr. 11 (Fabrikgebäude). Jule stellt sich vor. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Gartenhaus). Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion. — **Spandau-Neustadt:** Jugendheim Lindenufer 1. Aktuelle Gewerkschaftsfragen. — **Nordring:** Jugendheim Sonnenburger Str. 20. 90 Minuten Lachen. — **Weißensee:** Jugendheim Weißensee, Parkstr. 36. Was tun die Gewerkschaften für den Jugendschutz und die Jugendfürsorge. — **Arnswalder Platz:** Jugendheim Kastenburger Str. 14. Religion ist Opium für das Volk. — **Neukölln:** Jugendheim Bergstr. 29 (Hof). Plauderstunde über Bücher. — **Flughafen:** Jugendheim Flughafenstr. 68 (U-Bahn Boddinstraße). Sing-Sang-Abend. — **Humboldt:** Jugendheim Graun- Ecke Lortzingstraße. Lehrlings- und Tarifvertrag. — **Schillerpark:** Jugendheim Schule Schöningstr. 17. Lieder zur Laute. — **Tegel:** Jugendheim Tegel, Schöneberger Str. 4. Lohnkonflikte. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 16. Liederabend. — **Wir spielen ab 18 Uhr:** Nordkreis: Spielwiese Schillerpark. — Ostkreis: Sportplätze Treptower Park, Wiese 1, und Friedrichshain, Platz Nr. 4. — **Jugendgruppe des Gesamtverbandes,** Fachgruppe Kommunalbetriebe und Handels- und Transportgewerbe: Liederabend. Wir üben und singen neue Lieder. — **Jugendgruppe des Deutschen Baugewerksbundes, Maurer:** Baudrud in der Berufsschule Grünthaler Str. 4—5, Zimmer 35.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 81. Aussprache: Tagespolitische Rundschau. — **Nordost** I: Jugendheim Danziger Str. 62 (Baracke 3). Aussprache: Warum sind wir im ZdA. Leiter: Heilbrunn. — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Str. 2 (Baracke). Vortrag: Arbeiterdichtungen, Arbeiterliteratur. Referent: Huhn. — **Stralau:** Jugendheim der Schule Gaßlerstr. 61. Aussprache: Fragen, die uns als Jugend angehen. — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Str. 15. (Gasanstalt am Bahnhof Köpenick.) Vortrag: Probleme der Fürsorgeerziehung. Referent: Hirsch. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Straße 1—4, Ecke Kanner Straße. Vortrag: Walther Rathenau, sein Leben und seine Bedeutung für Deutschland. Referent: Dr. Schütte. — **Südost:** Jugendheim Manteuffelstr. 7. Leseabend. — **Schöneberg:** Jugendheim hauptstr. 15 (Hofgebäude, Sachsenzimmer). Diskussionsabend: Die heutige Jugendbewegung von rechts bis links. — **Charlottenburg:** Jugendheim Salzbadgenstr. 4. Aussprache: Gegenwartsfragen der Gewerkschaften. Leitung: Berkow. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Heimbesprechung. — Die Versicherungsgesellschaft Sorgenfrei A.-G. tagt heute von 16 bis 18 Uhr im Verbandshaus, Zimmer 28. — **Spiele im Freien:** Ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Humboldthain, Sportplatz Weißensee, Feld 6, und Sportplatz Friedrichshain.

Verantwortlich für Politik: **Victor Schiff,** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner;** Feuilleton: **Dr. John Schikowski;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt,** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Verzweiflungsschrei der Kriegsopfer.

Verkrüppelte, Blinde und Kriegswaisen in der „Neuen Welt“. Massenversammlung der Entrechteten.

Selbstfahrer bewegen sich durch die Hasenheide, Menschen sitzen in ihnen, denen der Krieg den Leib zerrissen hat, Beinlose, Schwerverletzte auch, denen innere Wunden die Fähigkeit zu gehen genommen haben, andere kommen am Krückstock, ein Bein ist steif, wieder andere sind einarmig, dieser, vollkommen erblindet, wird geführt, jenem hat ein Zufall wenigstens ein Auge gelassen. Männer, denen der Krieg die Gesundheit nahm, Frauen, deren Gatten der Krieg verschlang, Halbwüchsige, die den Vater durch den Krieg verloren haben — sie kamen gestern in der Neuen Welt zusammen, um in einer Kundgebung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen gegen den beispiellosen Rentenraub der Regierung von Papen zu protestieren.

Schon lange vor Beginn der Kundgebung ist der Saal überfüllt. Die Polizei muß sperren. Hunderte von Kriegsopfern warten draußen oder kehren wieder um. Eine harte Stimmung des Zornes und der Erbitterung beseelt die Riesenversammlung. Immer wieder ertönen Zwischenrufe, die den ganzen Jammer, die furchtbare Not gerade der Kriegsopfer widerspiegeln. Dabei aber zeigt die Versammlung bewunderungswerte Selbstbeherrschung: Man will nichts Unmögliches, man will nur sein Recht!

Der Vorsitzende Ebert spricht davon, wie den Kriegsopfern das wenige genommen, was sie noch hatten, und wie ihre Not geradezu verordnet wurde. Dann nimmt als erster Redner Ernst Lemmer, einst junger freiwilliger Frontsoldat des Weltkrieges, das Wort. „Neue Männer sind da, neue Taten spüren wir am eigenen Leibe, neue Wege müssen gefunden werden, daß wir mit ihnen aufräumen. Diese Notverordnungspolitik geht über das, was Brüning tat und plante, weit hinaus.“ Mit scharfen Worten wendet sich Lemmer gegen die Aufhebung des Uniformverbotes, die geradezu eine Kränkung der echten Kriegsteilnehmer sei. „Weg mit der Spielerei!“ ruft er unter stürmischem Beifall. „Her mit der ernsten Arbeit zum sozialen Aufbau unseres Vaterlandes.“

Dann spricht der Bundesvorsitzende Christoph Pfändner. „Der Kampf bei der Reichstagsneuwahl geht darum, ob die Notverordnungspolitik zum Schaden der Kriegsopfer weitergeführt, ob sie gar durch offene Diktatur abgelöst werden oder ob die Demokratie wieder in volle Wirksamkeit treten soll. Parlamentarische Demokratie ist für uns wertvoller als Notverordnungspolitik oder faschistische Diktatur. Die Regierungserklärung von Papens war mit ihrem Wort von der Wohlfahrtsanstalt eine Kampfansage an die Kriegsopfer. Die Minderung der Bezüge geht bis zu 20 Proz. Scharf protestieren wir gegen die Eingriffe bei den Leichtbeschädigten. Zur Entlastung der Gerichte sind bei Berufungen 5 Mark, bei Rekursen 10 Mark Vorgebühr festgesetzt. Das aufzubringen ist manchem Kriegsopfer unmöglich.

Marta Harnoß, selbst Kriegerwitwe, schildert in bewegten Worten das Elend der Kriegerwaisen. Der Abbau beim Kinderzuschlag und der Waisenrente bedeutet, daß vielen die Möglichkeit zur Berufsausbildung genommen wird. 250 000 Halbwaisen und 30 000 Vollwaisen werden betroffen. Diese Behandlung ist ein Hohn auf die Opfer der Kriegerwitwen und Kriegerwaisen. Junge Menschen, die in Uniform herumlaufen, sagen heute verächtlich von uns, daß durch uns der Krieg verloren gegangen sei. Waren ihre Väter nicht im Graben, erziehen ihre Mütter diese Menschen nicht zur Menschlichkeit? Wir brachten Opfer über Opfer, gaben Männer und Väter dahin. Wir protestieren gegen diese Behandlung.

Als letzter Redner spricht Erich Kuttner, verwundeter Schützengrabenkämpfer. „Ein künftiger Geschichtsschreiber wird sagen, daß, je mehr Deutschland erwachte, je „nationaler“ es regiert wurde, um so dürftiger die Versorgung der Kriegsopfer war. Je republikanischer es regiert wurde, um so besser wurden die Kriegsopfer behandelt. Schon 1917 appellierten wir vergeblich ans alte System: Tut doch etwas für die Kriegsopfer. Erst die Revolution und die „marxistische Verseuchung“ des Staates haben etwas für die Kriegsopfer geschehen lassen. Die Regierung von Papen hat ihr Wort, daß der Staat keine Versorgungsanstalt sein solle, wahr gemacht, indem sie die Bezüge der Bedürftigen und Versorgungsberechtigten radikal kürzte. Erbitterte Zustimmung findet Kuttner, als er darstellt, wie Großindustrielle vom Schlage eines Friedrich Flick über die Dresdener Bank vom Staat versorgt und gehalten werden, während den Kriegsopfern das letzte genommen wird. Sie waren ja auch keine Kriegsgewinnler. Sie haben nur 1914, weil Staat und Volk in Gefahr waren, Leben und Blut eingesetzt. Kuttner gibt eine Darstellung des Schachergeschäftes mit Hitler. Weil junge Gecken wieder in Naziuniform herumlaufen sollten, wurden die Renten gekürzt.

Wir trugen auch Uniform. Sie war von Blut bekrustet, von Kugeln durchlöchert, von Dreck beschmiert und voller Läuse.

Von diesen Uniformen will man heute nichts mehr wissen. Wir aber wollen die Entrechtung nicht, und der Beseitigung dieser Regierung des Versorgungsabbaues gilt deshalb unser Kampf in dieser Reichstagswahl.

Eine Resolution, die einmütig angenommen wurde, faßt den Protest zusammen und schließt mit dem Satze: „Alle Opfer des Krieges, denen es um Besserung ihrer Lage sowie um die Erhaltung der allgemeinen Sozialpolitik gelegen ist, werden aufgefordert, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur den Parteien ihre Stimme zu geben, die nicht nur für die Erhaltung der republikanischen Staatsform eintreten, sondern auch gewillt und entschlossen sind, ihr einen sozialen Inhalt zu geben.“

Die Versammlung ist beendet. Sie klingt aus als ein Gelöbnis, durch die Wahlentscheidung vom 31. Juli eine Wendung zum Besseren im Schicksal der Kriegsopfer herbeizuführen.

Walter-Rathenau-Feiern.

Am Freitag, dem 24. Juni, jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem Walter Rathenau durch nationalistische Mörderhand fiel. Das republikanische Berlin wird den Trauertag in diesem Jahre besonders würdig begehen. Das

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

marschiert mit dem Kreis Süden und den Ortsvereinen Köpenick und Lichtenberg geschlossen zum Grabmal.

Die Kameraden treten in Bundeskleidung am Freitag um 19.30 Uhr auf dem Sternplatz am Bahnhof Schöneweide mit Musik und Fahnen an. Das Demonstrationsverbot ist für diese Feier aufgehoben worden.

Feiern im Rathenau-Haus und im Reichstag.

Am Vormittag des 24. Juni findet im Walter-Rathenau-Haus in Grunewald auf Veranlassung der Reichsregierung eine Erinnerungsfeier statt. Das Vorstandsmitglied der Walter-Rathenau-Gesellschaft, Ministerialdirektor Brecht, wird die Feier einleiten. Alsdann wird Gesandter von Mutius die Gedächtnisrede halten. Am Abend findet eine große Feier im Plenarsaal des Reichstags statt, die von den republikanischen Verbänden veranstaltet wird. Hier hält Harry Graf Keßler die Gedenkrede.

Augen auf!

Wir demonstrieren, wenn wir wollen!

Die KPD. ruft zum Donnerstag, dem 23. Juni, 18½ Uhr, zu einer Demonstration im Lustgarten auf. Sozialdemokraten und Reichsbannerkameraden werden zur Teilnahme aufgefordert.

Der Bezirksvorstand hat an der maßgebenden Stelle Demonstrationsfreiheit gefordert. Das Demonstrationsverbot ist noch nicht aufgehoben. Wir haben keine Veranlassung, den Schupobeamten den Dienst unnötigerweise zu erschweren. Sozialdemokraten bleiben im eigenen Interesse dieser planlosen Demonstration fern.

Der Bezirksvorstand.

Vier Arbeiter ertrunken.

Schweres Unglück auf dem Rhein.

Breisach, 21. Juni.

Auf dem Rhein an der Baustelle beim Wehrbau Kembs ereignete sich heute ein schweres Unglück, dem vier Menschenleben zum Opfer fielen. Eine Rammkolonne war damit beschäftigt, eiserne Spundwände auf Pontons an Ort und Stelle zu bringen. Auf bisher noch ungeklärte Weise stürzten die schwer beladenen Pontons um. Sechs Arbeiter fielen in den Rhein, von denen vier ertranken, denn obwohl sofort vier Rettungsboote zur Stelle waren, konnten nur zwei Arbeiter gerettet werden, von denen einer erheblich verletzt ist. Die Leichen der vier Ertrunkenen, darunter zwei Familienväter, konnten bis zur Stunde noch nicht geborgen werden.

Geschäftsfrau als Detektivin.

Zwei oberschlesische „Geldfabrikanten“ verhaftet.

In der Augsburger Straße wurden gestern durch die Aufmerksamkeit einer Geschäftsfrau zwei Männer festgenommen, die beim Einkauf einen falschen 20-Mark-Schein in Zahlung gegeben hatten. Es handelt sich um einen Schlosser Wilhelm Matschke und einen Bauarbeiter Hans Mitschke, die beide am Montag von Beuthen nach Berlin gekommen waren, um hier 50 falsche 20-Mark-Scheine abzusetzen.

Der Geschäftsfrau war der Schein verdächtig vorgekommen und sie beauftragte einen Angestellten, den beiden Männern heimlich zu folgen. Schließlich wandte sich der Angestellte an einen Schupo und wollte die beiden Verdächtigen festnehmen lassen. Als der Beamte die beiden festnehmen wollte, rannte Matschke davon und versteckte sich im Gebüsch der Anlagen. Er wurde dort sehr schnell aufgestöbert und gleichfalls festgenommen. Matschke hatte noch 47 falsche 20-Mark-Scheine bei sich. Nach anfänglichem Leugnen legte er ein Geständnis ab. In Beuthen hatte er eine größere Menge von den Falschnoten hergestellt und sich mit Mitschke in Verbindung gesetzt. Da ihnen in Beuthen der Vertrieb des Falschgeldes zu riskant war, fuhren sie nach Berlin. Vier falsche Scheine hatten sie bereits ausgegeben. Matschke ist bereits wegen mehrfacher Falschmünzerei vorbestraft. Die Polizei in Beuthen ist telegraphisch von der Festnahme der beiden Falschmünzer benachrichtigt und um Aushebung der Falschmünzerwerkstätte aufgefordert worden.

Von Pferden zu Tode getrampelt.

Schwere Verkehrsunfälle.

Gestern ereigneten sich wieder zahlreiche Verkehrsunfälle, die ein Todesopfer und mehrere Schwerverletzte gefordert haben. In der Brandenburgstraße, unweit des Halleschen Tores, wurde der zwei Jahre alte Udo Greschke aus der Brandenburgstraße 68 von einem Pferdegespann überfahren und auf der Stelle getötet. — An der Ecke Müller- und Fennstraße geriet der 28jährige Werner Mertig aus der Finnländischen Straße mit seinem Motorrad unter ein Lastauto. Mit einem Schädelbruch wurde M. bewußtlos ins Virchow-Krankenhaus gebracht. — Am Tegeler Weg in Charlottenburg wurde der 46 Jahre alte August Aennat aus der Reinickendorfer Straße 116 von einem Motorrad erfaßt und zur Seite geschleudert. A. stürzte so unglücklich, daß er von einer nachfolgenden Straßenbahn erfaßt und mehrere Meter mitgeschleift wurde. Mit einem Schädelbruch wurde der Verunglückte ins Virchow-Krankenhaus übergeführt. Am Kaiserdamm prallte der 25jährige türkische Student Mir Abdul Raschid mit seinem Motorrad mit einer Autodroschke zusammen. Der junge Ausländer erlitt einen Schädelbruch; er fand im Hildegard-Krankenhaus Aufnahme.

Ehetragödie im Berliner Norden.

Vor dem Hause Korsörer Straße spielte sich gestern abend eine blutige Ehetragödie ab. Der 25 Jahre alte Arbeiter Bruno Machner feuerte auf seine von ihm getrennt lebendige 21jährige Frau Irmgard einen Schuß ab und verletzte sie lebensgefährlich. Dann richtete der Täter die Waffe gegen sich selbst und jagte sich eine Kugel in die Schläfe. Machner wurde als Polizeigefangener ins Staatskrankenhaus gebracht. Frau M. fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme.

Kritisch sein!

Bitte vergleichen Sie „Gold-Saba“ mit allen anderen Goldmundstück-Cigaretten.

Sie werden dann verstehen, warum der Erfolg der neuen „Gold Saba“ nach dem alten Original-Rezept von Tag zu Tag größer wird.

Großer Bankbetrug.

Auf gefälschten Scheck 40 000 Mark abgehoben.

Bei der Bau- und Bodenbank in der Taubenstraße 2 ist vor einigen Tagen ein raffinierter Scheckdiebstahl entdeckt worden. Bisher noch unbekannte Diebe stahlen im Kassenraum einen Scheck der Bank, schrieben ihn auf 40 000 M. aus und legten ihn bei der Reichsbank vor. Erst in den Abendstunden, als die Reichsbank das Lastenkonto der anderen Bank übersandte, wurde der Betrug entdeckt. Die Kriminalpolizei wurde sofort benachrichtigt.

Die Bank stand — wie noch erinnerlich — schon einmal im Mittelpunkt einer Kriminalaffäre. Vor einiger Zeit versuchten zwei Angestellte zusammen mit einer berüchtigten Knackerkolonne die Tresors der Bank zu sprengen und hatten sich bereits geheime Zeichnungen von den unterirdischen Anlagen gemacht. Der große Coup, der an den Riesenbankeinbruch vom Wittenbergplatz erinnerte, konnte in letzter Minute verhindert und die Beteiligten festgenommen werden. In den gestrigen Mittagsstunden wurde bei der Reichsbank ein Scheck der betreffenden Bank vorgelegt, der die vorschriftsmäßigen Unterschriften der bevollmächtigten Direktoren trug und über 40 000 Mark ausgestellt war. Der Kassierer am Schalter der Reichsbank ließ die Unterschriften prüfen; sie wurden nicht beanstandet und er zahlte den Betrag aus. Der Bote verschwand mit dem Gelde. In den Abendstunden wurde der Bank das Lastenkonto überwiesen. Dabei machte man dort die Entdeckung, daß ein Scheck über 40 000 Mark nicht ausgegeben und zu Unrecht abgehoben worden war. Der Scheck hatte sich in einer Kassette im Kassenraum der Bank befunden, die in erreichbarer Nähe des Kassierers stand. Die Unterschriften des Schecks sind sehr gut gefälscht und wurden auch bei der Reichsbank für echt gehalten. Die Bank hat eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei werden mit aller Energie betrieben.

Du sollst nicht falsch Zeugnis reden.

Die Kampfmethoden der „Christlich-Unpolitischen."

Ein evangelisches Wochenblättchen „Der Bote für die Brandenburgische Frauenhilfe" leistet sich in seiner letzten Nummer ein Stück, das angeprangert werden muß. In einem kurzen Aufsatz, „Vom Kampf gegen die christliche Schule", heißt es:

„Der Berliner Schulrat Dr. Löwenstein, der bekanntlich seit vielen Jahren der Führer der Gottlosenbewegung im Lager der Schuljugend ist, erläßt soeben einen Aufruf zum Kampf gegen die christliche Kirche und Schule anläßlich der bevorstehenden Elternbeiratswahlen."

Es ist allgemein bekannt, daß die sogenannte Gottlosenbewegung von den Kommunisten ausgeht, und ein Blick in das Reichstagshandbuch der letzten Legislaturperiode hätte dem Verfasser genügt, um festzustellen, daß Dr. Löwenstein Sozialdemokrat ist und dieser Bewegung vollkommen fernsteht. Die Sozialdemokratie verficht, das ist erst letzthin im „Vorwärts" in einem Artikel unseres Freundes Prof. Fuchs betont worden, den Standpunkt der Toleranz gegenüber allen religiösen Bekenntnissen. Sie verlangt diesen Standpunkt allerdings auch vom Gegner für die Weltanschauung des Freidenkertums. Wiederholt ist von sozialdemokratischer Seite betont worden, daß von uns Geschmacklosigkeiten und Ungezogenheiten, die sich die kommunistische Gottlosenbewegung leistet, abgelehnt und verurteilt werden. Nur böser Wille oder fahrlässige Unkenntnis können zu einer Verwechslung der sozialdemokratischen Freidenkerbewegung und der kommunistischen Gottlosenpropaganda führen.

Es handelt sich für die Herausgeber des evangelischen Blättchens viel weniger um die Person des Genossen Löwenstein als darum, zu den kommenden Elternbeiratswahlen für die sogenannte christlich-unpolitische Liste gegen die Liste Schulaufbau zu werben. Dabei kommt es auf einen Verstoß gegen das achte Gebot: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten! nicht an.

Gerade diese Kampfesmethoden aber werden die Wähler veranlassen, im Interesse ihrer Kinder der Liste ihre Stimme zu geben, die das Programm einer freiheitlichen und duldsamen Schule verkörpert: der Liste Schulaufbau.

Lügenpest über Deutschland

Lüge als bewußtes Kampfmittel — Neue Hetze gegen Reichsbanner

Im Anschluß an die unerhörten Vorgänge in Langelsheim, wo Nationalsozialisten, mit Lastkraftwagen aus der ganzen Umgebung zusammengeholt, eine Versammlung der Eisernen Front zu sprengen versuchten, hatte die nationalsozialistische Presse, unterstützt von den übrigen nationalistischen Hetzblättern, berichtet, daß der SA.-Mann Rudolf Gelbke aus Kästorf bei Vorsfelde von Reichsbannerleuten durch Hiebe mit einer Fahnenstange so schwer verletzt wurde, daß er verstarb.

Der Gau Braunschweig des Reichsbanners stellt demgegenüber fest, daß der ehemalige SA.-Mann Rudolf Gelbke nicht in Langelsheim war. Gelbke ist vielmehr auf einem Schützenfest in Kästorf von Nationalsozialisten, also von seinen eigenen Leuten, niedergeschlagen worden. Die Gau[illegible] des Reichsbanners Braunschweig hat gegen eine ganze Anzahl Nationalsozialisten, die an dem Ueberfall auf die Versammlung der Eisernen Front in Langelsheim beteiligt waren, Strafanzeige erstattet.

Obwohl so der wahre Sachverhalt der Vorgänge in Langelsheim vor aller Oeffentlichkeit klar liegt und obwohl rechtsstehende Zeitungen wegen ihrer lügenhaften Berichterstattung bereits Berichtigungen des Reichsbanners veröffentlichen mußten, schreibt der „Angriff" gestern abend in großer Aufmachung von dem „Reichsbannerüberfall in Langelsheim", den er ein „Viehisches Blutbad roter Horden" nennt. Es wird dann weiter davon gefaselt, daß man bei den „marxistischen Mordbuben" ein Musterarsenal von Mordwerkzeugen, darunter drei Schnellladepistolen, zwei Trommelrevolver, zahlreiche Rahmen Vollmunition und sogar Dum-Dum-Geschosse gefunden habe.

Derartige Lügenberichte lesen sich wie die Greuelgeschichten, die im Kriege in der Welt über deutsche Soldaten verbreitet wurden. Die Lüge wird von den Nationalsozialisten als bewußtes Kampfmittel angesehen. So ist auch die neue Hetze zu verstehen, die das Berliner Naziblatt gegen das Reichsbanner führt. In bewundernswerter Weise haben die Kameraden des Reichsbanners in den letzten aufgeregten Tagen Disziplin geübt, trotz der vielen Provokationen der überall in ihren neuen Notverordnungsjacken frech auftretenden SA.-Leute. Da den Herren Nazis nun das so erwünschte „Material" gegen das Reichsbanner fehlt, wird weiter geschwindelt und das Reichsbanner als „wehrfeindlich", „pazifistisch" und auf „Bürgerkrieg eingestellte Organisation" in der übelsten Weise beschimpft.

Der Zweck der Hetze ist jedoch zu durchsichtig, als daß er Erfolg haben könnte.

Immer mehr unverschämte Lügen.

Im Rahmen seines Schwindelfeldzuges schreibt der „Angriff" auch von einem Ueberfall von „Reichsjammer-Lumpenpack" auf einen uniformierten Hakenkreuzler in Pankow, bei dem Mitglieder eines Reichsbanner-Spielmannszuges mit ihren Instrumenten auf den Nazimann eingeschlagen und ihm mehrere Verletzungen beigebracht hätten. Die „feigen Burschen", so heißt es in dem nationalsozialistischen Blatt, „versuchten dann den Verletzten vor ein Auto zu werfen, und nur durch die Geistesgegenwart des Chauffeurs wurde jedoch ein Unglück verhütet". Diese Meldung des Lügenblattes ist von A bis Z erfunden. Diese Hetze gegen das Reichsbanner bleibt wirkungslos; zu oft ist das Berliner Naziblatt schon bei ähnlichen Lügen ertappt worden. Wir nennen nur den Fall Renders, jenes SA.-Mannes, der behauptete, an der Potsdamer Brücke in den Kanal geworfen zu sein und später das Geständnis ablegte, selbst ins Wasser gesprungen zu sein. Oder den Fall der „durchschnittenen Kehle" des SA.-Mannes Fedde, der sich noch heute bester Gesundheit erfreut und nie von „Rotmord" überfallen worden ist. Aehnlich war es mit dem Nazischützen Neubert, der seine Freundin anschoß und Reichsbannerleute der Tat verdächtigte. Die Spitzenleistung der Verlogenheit war jedoch die Meldung von einem Ueberfall auf einen Nationalsozialisten, den politisch Andersdenkende in einem Haustor aufhängen wollten, durch das Hinzutreten von Passanten daran jedoch im letzten Augenblick gehindert wurden. An diese infamen Lügen reiht sich der Pankower Fall würdig an.

Volksfront gegen Hitler-Barone!

Unsere nächsten Partei- und Betriebsveranstaltungen:

47. Abt. Mittwoch, den 22. Juni, 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, öffentliche Kundgebung „Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterklasse". Referent: Dr. Kurt Löwenstein, MdR.

8. Kreis — Spandau. Donnerstag, den 23. Juni, 20 Uhr, in Koch's Bismarcksäle, Feldstraße 52, öffentliche Jungwählerversammlung. Referent: Max Westphal.

Achtung! Berliner Osten! Eiserne-Front-Veranstaltung des Kartells für Arbeitersport und Körperpflege am Donnerstag, dem 23. Juni, auf dem Sportplatz Friedrichshain. Abendsportfest, verbunden mit einer Sonnenwendfeier. Aus dem Programm: Konzert des Bläserchors der FTGB., sportliche Vorführungen, Sprechchor und Rezitation von Theo Maret. Am Feuer spricht Genosse Karl Litke, MdR. Eintritt 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf. Beginn 18 Uhr. Karten an der Abendkasse und bei allen Parteifunktionären!

SPD.-Fraktion Bezirksamt Reinickendorf. Donnerstag, 23. Juni, 19½ Uhr, im Lokal Marks, Reinickendorf-West, Berliner Str. 70. Versammlung: „Aufgaben der Betriebsfraktion". Referent: Gottlieb Reese.

SPD.-Fraktion Bezirksamt Wilmersdorf. Freitag, 24. Juni, 20 Uhr, Eiserne-Front-Veranstaltung bei Kulka, Lauenburger Str. 21, Ecke Uhlandstr. „Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterschaft." Referent: Gottlieb Reese.

Kreugers Flotte versteigert.

Luxusjachten des Wirtschaftsverbrechers unter dem Hammer

Stockholm, 21. Juni.

Die mit großer Spannung erwartete Versteigerung von Kreugers Flotte" — mehrere wertvolle Jachten und drei Flugzeuge — endete mit einem niederschmetternden Ergebnis. Eine Motorjacht „Torise" und zwei Flugzeuge blieben gänzlich unverkauft, da die wenigen erfolgenden Gebote dem Auktionator zu niedrig erschienen. Im übrigen wurden insgesamt 28 000 Kronen erzielt, während der Wert der zur Auktion kommenden Fahrzeuge auf weit über 300 000 Kronen geschätzt wurde. Allein das Rennboot „Svalan" hatte Kreuger 172 000 Kronen gekostet; auf der Versteigerung brachte es jedoch nur ganze 8000 Kronen. Aehnlich war es mit den anderen Schiffen. Eine Jacht des Kreugerdirektors Littorin, die annähernd 120 000 Kronen wert sein soll, brachte 14 100 Kronen.

Der äußere Rahmen der Auktion stand in geradem Gegensatz zu ihrem Ergebnis. Von überallher hatten sich Interessenten eingefunden, um der Versteigerung beizuwohnen. Zum Leidwesen der Konkursverwalter stellte sich jedoch heraus, daß es fast alles nur „Sehleute" waren, die diese Sensation nicht verfehlen wollten.

Benzinexplosion zerstört drei Häuser.

Infolge einer Benzinexplosion wurden in Bordeaux drei Häuser durch Feuer zerstört. Mehrere Personen erlitten schwere Brandwunden, einige erkrankten an Vergiftungserscheinungen.

40

Mit den Rittern vom Twiel, über die ganz Konstanz lacht, hat es eine iegene Bewandtnis. Es sind gar keine Ritter, sondern Pfragner, Viktualienhändler, kleine Gewürzkrämer, Unzünftige, die an irgendeiner Hantierung in den Gewölben hocken, Winkelschneider, Schustersknechte, Pastetenbäcker, Nudelmacher, Tüncher, Ehgräbenputzer, Bürstener und Vertilger von Geziefer, sogenannte Wanzenknicker. Nur Hundsfänger sind keine dabei. Kleine Leute sind es, die brav ihrem kleinen Brotamt dienen, die aber am gewöhnlichen Tagestrott kein Genüge finden, sondern sich zu Höherem berufen fühlen. Kleine Winkelpinkler und zahnlose Hündlein sind es, die hoch herheulen möchten über ihr vortreffliches Geschlecht. Knechte, die sich berauschen an der Vorstellung der Herrengeburt. Sie atmen Gottesluft, wenn ein Adliger sie mit dem Aermel streift. Die Augen gehen ihnen über, wenn sie ein schöngemaltes Ritterwappen sehen: einen halben Eselskopf, eines Schweines Keule, einen geschwänzten Stern, einen Dreiangel, einen schnappenden Wolfskiefer, ein Pfauenauge, eine Trompete, eine Balte oder sonstwie ein Aexlein, einen goldenen Bracken, eine steifftenglige Lilie, einen Schwanenhals, eine silberne Leiter, eine Geierkralle, eine Bärenpfote, drei Felchen quer, Gezack einer Grafenkrone, Adlerflügel oder ein geherztes Lindenblatt. Die stolze, den armen Hund verachtende Ritterschaft und deren vornehmes Leben hat's diesen kleinen Leuten angetan. Nun haben sie, um sich vor sich selber zu erheben, einen eigenen Ritterbund gegründet, kommen einmal im Monat zusammen zur Tafel und zum festlichen Zutrunk und fühlen sich selig und über das gewöhnliche Erdengeschmeiß erhoben im Gebrauch und in der Nachäffung wirklicher Ritterschaft. Turniere kennen sie zwar nicht; dafür gibt es in den Saufgesprächen hie und da ein plumpes Lanzenbrechen. Ein Totenkopf steht bei ihrem Gelage in der Mitte des Tisches; ein Totenkopf, um den vier geweihte Kerzen brennen. Fluchen und unfeine Reden führen ist angesichts dieses gebleichten Schädels verboten; aber erlaubt ist, diesem Sinnbild der Vergänglichkeit in die gelben Zähne hinein jeden Humpen auf einen Zug bis zur Nagelprobe zu leeren. Je größer Gurgel und Schluck, desto größer die Ehre der Ritterschaft. Die Frauen der Twieler werden die Burgfrauen genannt, ihre Töchter die Burgfräulein, ihre Söhne teils Junker, teils Knappen.

Kommen Gäste, so sind das nicht gewöhnliche Gäste, wie sie jede Herberge hat, Straßenwanderer, mit Läusen im Bart, sondern es sind fromme Pilgrime aus heiligem Land, mögen sie gleich an der nächsten Schmierecke wohnen. Die Ritter vom Twiel halten auf feine Lebensart und auf höfisches, weltmännisches Benehmen. Da gibt es eherne Satzung und Regel. Nicht jeder darf sich niedersetzen am Tisch, wie er will, nein, so fährt nur eine Bauernfrau an den Trog. Ein Twieler Ritter aber, der weiß was sich schickt, nimmt keinen Stuhl, ohne den Zunächstsitzenden zu fragen: „Ehrenfester und getreuer Ritter, hochzupreisende Zier der Ritterschaft, ist es deinem Knecht und Steigbügelhalter erlaubt, daß er in deine Burg einreite?" Und erst, wenn daraufhin der Herr Käsehändler gnädig mit seinem Ritterkopf nickt, ist es dem nicht minder ehrenfesten, tugendsamen Anfrager gestattet, seinen nudelmacherischen Hintern auf den geschnitzten Stuhl der Ritterschaft zu setzen. Die Ritter vom Twiel leben nicht des stillen Suffs allein, nein, sie dienen auf ihre twielische Art auch den schönen Künsten und der Wissenschaft. Jeder nämlich, der in ihren Kreis will, hat, eh ihm der Ritterschlag erteilt und die wippende Feder aufs Haupt gesetzt wird, eine Antrittsrede zu halten. Das Thema ist, damit keiner der Ritter dem andern etwas voraus habe, jedesmal das gleiche. Alle Zwoundvierzig, die die Ritterschaft vom Twiel zu ihren Mitgliedern zählt, haben gesprochen über den Fragsatz: „Inwiefern ist des Menschen Leben einem brennenden Licht zu vergleichen?" Bei Gott, ein tiefgründiger, inhaltsschwerer Satz, bei dessen Ausbeinung gar mächtiglich die Schädel rauchten! In diesen Lehrgesprächen hat den Vogel abgeschossen Huldrich Wischer, der kleine feist- und rotgesichtige Helgenmaler und Abkonterfeier, der nachdrücklichst, mit viel Kraft der Stimme, davor warnte, besagtes menschliches Lichtstümpeli etwa gleichzeitig an beiden Enden anzuzünden, alldieweilen dies wohl eine lichtere Flamme, zugleich aber, und das sei das Betrübliche, eine viel raschere Verbrauchung nicht nur des Dochtes, sondern auch des edlen Lebenswachses ergäbe.

Welcher abgegebene Lichtblitz den Rittern vom Twiel dermaßen einleuchtete, daß die Huldrichen Wischer zum Meister vom Stuhl erkiesten. Eine Wahl, die wohlgetan war; denn unter Wischers humpenfreudiger Hand nahmen die Kapitelsabende der Ritter vom Twiel einen erfreulichen Aufschwung. Auf seinen Anstoß hin tätigten die Twieler mit der Schloßherrin von Meersburg einen Vertrag, laut welchem sie jeden ersten Freitag im Monat den großen Rittersaal im Schloß zum Umtrunk benutzen durften. (Gegen ein Pauschal von jährlich sechs Gulden, zahlbar jeweilen auf Sankt Martins Abend.) Da kamen denn die Ritter vom Twiel, karnevalisch ausstaffiert, von Konstanz her in einem Schnellboot gefahren, erklommen unter Verschüttung unherrenmäßig viel Schweißes die Steilwand, auf der der Turm Dagoberts steht, und saßen dann unter mancherlei Vermummungen und unter Führung gar seltsamlichen, hochadeligen, ritterschaftlichen Gesprächs in guter Ordnung bis zur Mitternachtsstunde im Rittersaal und schütteten in ihre ritterlichen Bäuche unheimliche Mengen Meersburger Weines.

Den Weinstichern im Städtlein war die Gesellschaft lieb und wert; denn ihre Tränkung und Zehrung hinterließ jedesmal einen ansehnlichen Batzen Geldes. Doch den andern Meersburgern Bürgern waren die Ritter vom Twiel ein Streifen des Anstoßes; denn der Rückweg zum Schiff war gemeiniglich nächsten Tags durch eine Ausschüttung unwilliger Mägen bezeichnet, die recht unritterlich die Luft verstank. Bei welchem Anblick die Meersburger nasenrümpfend zu sagen pflegten: „Aha, die Konstanzer Bogenkotzer sind wieder freitagen gewesen!"

Auch an diesem ersten Freitagabend im Monat hatte die Ritterschaft vom Twiel treulich ihrer eigenen Narrheit und dem Bacchus gedient. Vor allem war dieser letzte Dienst der Ritter derartig nachhaltig und wirksam gewesen, daß sie unterwegs auf dem See, als sie eine Geschützkugel weit vor sich das heimkehrende Ratsboot erblickten, dies für ein Raubschiff der Grimmensteiner Brüder vom End hielten. Nun waren zwar diese Pfragner und Krämer und Abkonterfeier in ihrem Alltag durch die Bank ganz unritterhaft, die Vorsicht alleweil für den weitaus besseren Teil der Tapferkeit erklärten und die nur den einen Leibspruch kannten: „Brüder, wo der Feind steht, alleweil zurück!" Aber der stundenlang eingeschüttete Traminer hatte ein Wunder getan und die Herzen dieser Hasen der Angst in Herzen brüllender Löwen verwandelt. „Drauf und dran! Legt euch ins Zeug, ihr Ruderer!" hatten sie geschrien und mit Stöcken und den mitgeführten Armbrüsten Lärm über Lärm gemacht, hatten den Bäntharz am Steuer gezwungen, stracks auf das Räuberboot zuzuhalten, und als alles nicht schnell genug ging, mußte Zweiweich, der Segelmeister, das große Viereckiegel setzen, trotzdem kaum eine Hampfel voll Wind ging.

(Fortsetzung folgt.)

Der „Kaiser von Schöneberg“.

Von der Schlägerkolonne zu den Nazis.

Vor Jahren bereits mußte auf den „Kaiser von Schöneberg“, den Schrecken eines Stadtteils, hingewiesen werden, auf Jesko, den Anführer einer vor nunmehr zehn Jahren berüchtigten „scharfen Schlägertour“, der sogenannten Maikolonne! Es hieß damals, daß die Rückkehr Jeskos aus den Gefilden des Scheunenviertels in seine Domäne bei den Schönebergern Entsetzen auslöste.

In diesen Tagen verschlägt einen der Zufall in ein kleines Restaurant im alten Schöneberg. Man findet die Stammgäste mit der Wirtin in hitziger Diskussion. Plötzlich fällt der Name „Jesko“ im Zusammenhang mit einer Zechprellerei, die sich der „Kaiser von Schöneberg“ hier zuschulden kommen ließ. Die Wirtin fragt: „Ja, soll ich denn nun in das Verkehrslokal gehen und vom Sturmführer mein Geld verlangen?“ Worauf ihr folgende lakonische Antwort zuteil wird: „Zwecklos! Sturmführer ist nämlich Herr Jesko persönlich!“ Jetzt also dämmert es! Jesko ist wieder da. Er, der stolz auf seine „Jungschenbrigaden“ war, hat sich in den mütterlichen Schoß jener Partei geflüchtet. Mit fünfundneunzigprozentiger Sicherheit ist anzunehmen, daß er nicht allein in die Partei eingetreten ist, sondern seine Gefolgschaft, sofern er noch über eine solche verfügte, nachdem er seinen letzten dreijährigen Knast abgerissen hatte, mit ihm.

Aber selbst den Nazis von Schöneberg paßte dieser Messerheld so wenig, daß sie ihn in eine mehr auf „kriegerische Sitten“ eingestellte Abteilung nach Moabit abschoben. Bei der Einweihungsfeier des Verkehrslokals „Bärenhöhle“ in der Apostel-Paulus-Straße hat sich der muntere Herr mit seinem Messerfuchteln dergestalt aufgeführt, daß die Besonneneren unter den Pg.s sich genötigt sahen, den eremitierten „Kaiser“ dieses Stadtteils auf dem Wartburgplatz „auf den Leisten zu schlagen“, d. h. ihn ordentlich zu verprügeln.

Im Nordwesten der Stadt nun muß es jedenfalls dem Stromerfürsten gelungen sein, Einfluß zu gewinnen, denn er ist nunmehr — und offenbar in Amt und Würden! — in das hochbeglückte Schöneberg wieder eingezogen!

Dies ist kein Zerrbild! Dies ist ein kleiner Ausschnitt nur!

Ausgebeutete Frauen.

Verdiente Straferhöhung für einen Zwischenmeister.

Man sollte kaum glauben, daß in Berlin so etwas möglich ist: Ein junger Pole namens Jakob Offen ist Zwischenmeister in der Konfektionsbranche und leidet keine Not. Auch die Not der anderen kümmert ihn wenig. Die Frauen, die er beschäftigt, beutet er in unglaublichster Weise aus. Sie sind gezwungen, bis zu 14 Stunden am Tag zu arbeiten und bekommen unter Tarif bezahlt. Wegen Vergehens gegen das Arbeitszeitgesetz erhält er einen Strafbefehl in Höhe von 500 M. Das ist ihm zuviel, und er legt Einspruch ein. Der Einzelrichter in Moabit fragt ihn, was er eigentlich will. Ob der Richter es nicht billiger machen könnte? „Na wissen Sie, nach dem, was in den Akten steht, wird das kaum möglich sein.“ „Vielleicht doch, Herr Richter, etwas billiger. Dann wollen wir verhandeln.“

Also wird verhandelt. Eine Arbeiterfrau nach der anderen erscheint vor dem Richtertisch, Ausbeutungsobjekte dieses 22jährigen Zwischenmeisters. Das Arbeitszeitgesetz existierte für ihn einfach nicht. 70, 78, 86½ Stunden die Woche wurde gearbeitet. Alle Sonntage hindurch wurde geschuftet, 12, 13, 14½ Stunden. Essenpausen gab es überhaupt nicht. Und weshalb ließen sich das die Frauen gefallen? „Ja“, sagt eine, „hätten wir das nicht getan, er hätte so und soviel andere gefunden.“ — „Aber wenigstens die Sonntagsruhe konnten Sie ja einhalten!“ — „Nein, das war nicht möglich, am Sonnabend war seine Werkstatt geschlossen.“ „Weshalb haben Sie die Frauen so lange arbeiten lassen?“, fragt der Richter. „Ich konnte nichts dafür“, erwidert der Angeklagte. „Ich bekam die Aufträge und mußte zur bestimmten Zeit abliefern.“ — „Da hätten Sie doch noch Arbeiterinnen annehmen können, wir haben ja sechs Millionen Arbeitslose. Und wie war es mit dem Bezahlen? Sie haben sich an den Tariflohn nicht gehalten?“ „Ich habe nur einen Pfennig weniger gezahlt.“ — „Einen Pfennig, das macht in der Woche bei 57 Stunden 57 Pfennig aus. Das ist mehr, als ein Brot kostet. Ich bin Mutter, ich habe Kinder!“ ruft empört eine der Frauen.

Der Staatsanwalt beantragt statt der 500 M. 2000 M. Geldstrafe. Das Gericht verurteilt den Zwischenmeister zu 1500 M. Recht so! Die Strafe hat er an den armen, ausgebeuteten Frauen vollauf verdient.

Polzin — ein Nazikurort.

Keine Kurmusik, wenn die Nazis feiern.

Aus Bad Polzin in Pommern erfahren wir folgendes: Jeder Kurgast bezahlt dort 15 M. Kurtaxe und für eine zweite Karte weitere 10 M. Ein Ehepaar muß also für die Kurtaxe 25 M. ausgeben. Dafür spielt die Kurkapelle vormittags und nachmittags je zwei Stunden.

Am letzten Sonntag veranstalteten nun die Nazis, die überhaupt in Polzin den Ton anzugeben versuchen, einen sogenannten „Deutschen Tag“. Auf dem Programm der Kurkonzerte stand deshalb zu lesen: „Die Sonntagskonzerte fallen in Anbetracht des „Deutschen Tages“ der NSDAP. aus. (Siehe Inserate in der Tagespresse.)“ Die Kapelle wurde eben für die Nazis benötigt.

Es ist klar, daß dieses Verhalten der Kurverwaltung bei den republikanischen Kurgästen lebhafteste Entrüstung hervorgerufen hat. Sie sagen sich mit Recht, daß sie bei einer so hohen Kurtaxe wegen eines parteipolitischen Rummels einer staatsfeindlichen Gruppe nicht auf das Kurkonzert zu verzichten brauchen, für das sie bezahlen. Daß zudem noch durch den Hinweis auf die Inserate in der Tagespresse für die Naziveranstaltung die Reklametrommel gerührt wird, ist ein besonders starkes Stück.

Das Befinden des schwerverletzten Schupos.

Polizeioberwachtmeister Linus Meißner vom 3. Polizeirevier in der Hannoversche Straße, der vor einigen Tagen bei einer Einbrecherverfolgung in der Friedrichstraße 113 von einigen Kameraden durch einen tragischen Irrtum angeschossen und schwer verletzt wurde, liegt noch immer im Staatskrankenhaus bedenklich danieder. Meißner ist alsbald nach seiner Aufnahme erfolgreich operiert worden und die Aerzte hoffen, das Leben des Schupos erhalten zu können.

Kirchenaustritt. Am Freitag, dem 24. Juni, 15 bis 20 Uhr, veranstaltet die Freireligiöse Gemeinde Berlin in der Pappelallee 15 einen Kirchenaustrittsabend. Wer mit der Kirche gebrochen hat, kann hier auch äußerlich den Bruch vollziehen. Notariatsgebühr 2 Mk. Legitimation ist mitzubringen.

Ein Röntgenmuseum ist in Lennep in Westfalen, der Vaterstadt Röntgens, eröffnet worden. Das Museum gibt einen Ueberblick über Entdeckung, Bedeutung und Weiterentwicklung der Röntgenstrahlen. Der interessante Museumsfundus zeigt die Entwicklung des Röntgenapparates von den Anfängen bis zum transportablen hochspannungs- und strahlensicheren Röntgenapparat.

Hundezirkus am Müggelsee.

Vom Spreetunnel bis zum Standort des Do X am Lokal Rübezahl zieht sich längs des Müggelsees eine Art improvisierter Rummelplatz hin. Die großen Scharen der Berliner, die sich täglich das große Flugwunder anschauen wollen, werden vorher von den Wegelagerern einer neuen Notindustrie angehalten. Nicht nur zahllose Händler, auch fliegende Kapellen und mehr oder weniger künstlerische, artistische Darbietungen sollen die Sonntagsausflügler um ein paar ersparte Sechser bringen.

Ein alter Mann mit Riesenmuskeln, vielleicht ehemals beim Ringkampf aufgetreten, führt mit seinen Söhnen Freiluftübungen

Das Koffergrammophon ersetzt die Zirkuskapelle

vor, unentdeckte Konkurrenten der „Wedding Boys“ spielen schmalzige Tangos. Am meisten Zuspruch und das Entzücken der Kinder aber findet ein kleiner Hundezirkus. Ansagerin, Dompteuse und Kassiererin zugleich ist eine rundliche kleine Frau, die vor jeder Vorführung eine lange Ansprache hält. Ehemals als Artisten an großen Bühnen engagiert, sei ihre Truppe jetzt durch die Not der Zeit — Sie wissen ja — ohne Beschäftigung. Um die Hündchen, sie spricht das Wort immer mit langgezogenen melodiösen Lauten aus, nicht dem Tierschutzverein und damit bei ihrem Alter dem sicheren Tode zu übergeben, versuche sie auf diese Weise das Futter für die Tierchen zu verdienen. Ein Koffergrammophon schnurrt, in einem Puppenwagen klettert ein winziger Affe herum, dann kommt der große spannende Akt: einer der Hunde tanzt auf dem Seil, sich mit der Schnauze an einem vorgeführten Ringe festhaltend. Die Kinder jubeln, die Alten ziehen das dünne Portemonnaie. „Nur ein paar Pfennige für die armen Tierchen“, ruft die Frau und sammelt die Münzen in eine spitze Tüte. Sie beklagt sich öffentlich, daß zu wenig eingekommen ist. Ein guter Geschäftstrick oder Wirklichkeit, daß nur rote Pfennige gegeben werden?

Das Taubenkarussell.

Seitdem die auf den Rummelplätzen gastierenden kleinen Zirkusse keine Arbeit mehr für ihn haben, hat sich dieser Artist mit seinem winzigen Tierpark selbständig gemacht. Der Tierpark besteht aus — vier Tauben! Mit ihnen zieht er von Stadtteil zu Stadtteil straßauf, straßab. Wo ihm die Gelegenheit zu einer Vorstellung günstig erscheint, macht er halt und improvisiert seine Nummer... „Meine Herrschaften...“ Das geht meistens auf dem schmalen Pfade des Bordsteins vor sich, in verkehrsstillen Straßen, aber auch oft mitten auf dem Damm. Da packt er denn aus, was er so an Requisiten und Darstellern mit sich trägt. Viel ist es nicht: eine Liliputleiter, eine Puppenwalze, ein Kinderreifen und vier Tauben, die er aus einem mit Luftlöchern versehenen Kasten holt; das tote Material trägt er unter dem Arm.

Mag seine Habe auch dürftig sein, maßlos bewundert wird sie dennoch von der ihm ständig wie dem Rattenfänger folgenden Kinderschar, die stets sein bestes, leider aber auch sein mittellosestes Publikum ist. Hin und wieder reihen sich auch Erwachsene in den Kreis der entzückt staunenden Jugend, die naive Freude und Begeisterung der Kinder durch ein skeptisches und mitleidiges Lächeln kompensierend, das ihnen ihre Würde nun einmal vorschreibt. Dafür dürfen sie dann auch einen Sechser oder Groschen „Eintritt“ spendieren. Indes sich der Ring der zahlenden und nichtzahlenden Gäste um den von seiner Frau assistierten Artisten immer enger schließt, haben die vier Täubchen Paradeaufstellung auf einem Gestell eingenommen. Ausgerichtet in einer Reihe hocken die vier dressierten kleinen Wesen mit aufmerksam kreisenden Aeuglein auf ihrer Stange, des Kommandos ihres Herrn gewärtig.

Sie sind Künstler ihres Faches! Eine weiße Taube klettert die Liliputleiter in unendlicher Folge hinauf und herab, eine andere von dämonischer Schwärze treibt mit ihren unablässig vorwärtsschreitenden rosigen Füßchen die Walze zu immer schnellerer Rotation — und sie alle zusammen bringen flügelschlagend und tretend ein kunstvoll konstruiertes Reifenkarussell in kreisende Bewegung. Diese Nummer ringt selbst den Erwachsenen Bewunderung ab und läßt den einen oder anderen von ihnen wohl mal fragen: „Wie haben Sie die Tiere nur dressiert?!“

„Det is Jeschäftsjeheimnis“, damit wird dann der indiskrete Frager in die ihm gebührenden Schranken zurückgewiesen, hinter denen er danach noch bescheiden zur Kenntnis nehmen darf, daß es zu Hause noch eine „Kommandotaube“ gibt, die augenblicklich nicht auftreten kann, weil sie gerade brütet... „Die schmeiß ick in die Luft, det se hochfliegt — un wenn ick pfeife, kommt se wieda runta!“ ...

Dann packt er die vier kleinen Artisten wieder ein, die mit Blicken, in denen sich Stolz und Bekümmernis mischen, in ihr dunkles, schaukelndes Verlies wandern, vier Geschöpfchen, die den Ernst des Lebens kennen, das ihnen für ihre Kunst nur ein paar Erbsen und einige Maiskörner gibt, die ihren bürgerlicheren Schwestern in den behüteten Taubenschlägen auch ohne Leistung gewährt werden.

Die Schweigegelder der Devaheim

Immer neue Skandalaffären tauchen auf.

Im Skandal-Prozeß gegen die Devaheim-Schieber kommen immer üblere Dinge zutage. In der Dienstag-Verhandlung ließ sich wieder einmal feststellen, in welch verbrecherischer Weise bei Devaheim mit den Geldern der Einzahler umgesprungen wurde. Das Bezeichnende an diesem Prozeß ist, daß diese unter Anklage stehenden Männer aus jenem Lager auf der evangelischen Seite stammen, in dem man mit besonderer Heftigkeit und Hingabe gegen den angeblichen, das deutsche Volk bedrohenden Kulturbolschewismus zu Felde zog.

Das Gericht versuchte die Frage zu klären, wo eine Summe von 99 000 Mark geblieben ist,

die die Baugenossenschaft Mülheim an den Angeklagten Generaldirektor Jeppel gezahlt hat und für den Zinsendienst der Auslandsanleihe verwendet werden sollte. Der famose Herr Jeppel behauptete, dieses Geld an Claussen als Verwalter der Auslandsanleihe weitergegeben zu haben. Claussen wiederum versicherte, das Geld niemals erhalten zu haben. Als Claussen entschieden abstritt, jemals in den Besitz der 99 000 Mark gelangt zu sein, rief Jeppel, daß er, Claussen, ihm ja eine Quittung gegeben habe. Diese Quittung soll angeblich der Buchhalter Neidhardt bekommen haben, der sie nach Mülheim weitergeben sollte. Nun wird die Sache immer mysteriöser.

In der Nachmittagsverhandlung wurde der Finanzberater Dr. Jeschek als Zeuge gehört, der das Grundstück in Basdorf an die Baugenossenschaft vermittelt und bei einem Grundstückswert von 200 000 Mark nach dem Gutachten des Sachverständigen Grade 60 000 Mark Provision erhalten hat. Also, wie deg Statsanwalt betonte, mehr als 30 Proz., während sonst viel niedrigere Sätze gezahlt wurden. Der Zeuge bestritt, einen derartigen Betrag erhalten zu haben und erklärte, daß er höchstens 53 200 Mark bekommen hätte. Der Angeklagte Jeppel blieb aber dabei, daß Dr. Jeschek die vom Sachverständigen festgestellten Beträge erhalten hätte. Jeppel: Ich möchte Sie vor einem Meineid bewahren und frage Sie nochmals, ob Sie nicht mehr als 60 000 Mark bekommen haben. Zeuge: Ich habe höchstens 54 000 Mark bekommen. Jeppel: Haben Sie mich nicht nach meiner Entlassung aus dem Devaheim-Konzern im Café König aufgesucht und von mir 75 000 Mark verlangt? Dr. Jeschek (zögernd): Das handelte sich um eine Provision für eine andere Sache. Jeppel: Es handelte sich überhaupt nicht um eine Provision. — Jeppel und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herold,

hielten dem Zeugen Dr. Jeschek dann ein Schreiben vor, in dem er bestätigt, daß er 75 000 Mark als Schweigegeld bekommen habe,

weil er im Interesse des Devaheim-Konzerns tätig gewesen sei und Gerüchte, die über Pastor D. Cremer im Umlauf waren, zerstreut habe. Dr. Jeschek, der von der Verteidigung in ein scharfes Kreuzverhör genommen wurde, gab den Empfang dieser Schweigegelder zum Teil zu. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft blieb der Zeuge schließlich wegen des Verdachts der Mittäterschaft und Begünstigung gleichfalls unvereidigt.

Ferner kam noch ein Exposé zur Sprache, das Jeppel für die Notgemeinschaft ausgearbeitet hatte, die den Zusammenbruch des Devaheim-Konzerns verhindern sollte. In diesem Exposé gibt Jeppel eine Aufstellung über die von ihm im Interesse des Devaheim-Konzerns gezahlten Schweigegelder, und zwar hat Dr. Jeschek 60 000 Mark erhalten, Claussen 50 000 Mark zur Gründung der Aretz-Baugesellschaft und außerdem weitere 70 000 Mark zur Weiterführung der Gesellschaft. Der Buchhalter der Hilfskasse, Klarholz, der wegen Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden ist, wird mit 26 000 Mark Schweigegelder aufgeführt, ein gewisser Richthofen mit 8000 Mark, und schließlich sind in dieser Aufstellung auch die 40 000 Mark erwähnt, die der „Industriekurier“ als Schweigegeld bekommen hat.

Die Verhandlung wurde schließlich auf Donnerstag vertagt.

Wetter für Berlin: Vorwiegend regnerisch, am Tage kühler als bisher, schwache Luftbewegung.) — **Für Deutschland:** In der östlichen Reichshälfte vielfach Regenfälle, im Westen veränderlich, vereinzelt noch leichte Schauer.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, vorn 1 Treppe rechts.

Vorsitzendenkonferenz morgen, Donnerstag, 19½ Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksamts Kreuzberg, Yorckstr. 11. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

3 Pfeile, das Freiheitsabzeichen für 10 Pf., Postkarten für 10 Pf. sind im Sekretariat erhältlich.

Zentrale Ferienfahrten: Fahrt I, Thüringen, vom 9. bis 17. Juli, Kosten 32 M.; Fahrt II, Erzgebirge vom 14. bis 21. August, Kosten 32 M.; Fahrt III, Erzgebirge, vom 14. bis 28. August, Kosten 50 M. Anmeldungen, spez. für Fahrt I, müssen umgehend vorgenommen werden. Anzahlung 5 M.

Juli-Programme müssen umgehend noch von einigen Abteilungen abgeliefert werden.

Heute, Mittwoch, 22. Juni, 20 Uhr:

Gesundbrunnen (R.-J.): Koloniestr. 8. Tagespolitische Fragen. — **Humannplatz:** Spielen auf dem „Exer“. — **Andreasplatz:** Turnen im Friedrichshain. — **Baltenplatz:** Turnen im Friedrichshain. — **Petersburger Viertel:** Ebertystr. 12. Sonnenwende. — **Adlershof:** Bismarckstr. 1. Ausspracheabend. — **Bohnsdorf:** Wachtelstr. 1. 10-Minuten-Referate. — **Falkenberg:** Gutshof. Jugend im Faschismus. — **Friedrichshagen:** Friedrichstr. 87. Einführung in den Faschismus. — **Kaulsdorf:** Adolfstr. 25. Zuchthaus — Gefängnis. — **Lichtenberg-Mitte:** Dottistr. 22. Lohnarbeit und Kapital. — **Neu-Lichtenberg:** Sportabend. — **Lichtenberg-Nord:** Guntzelstr. 44. Brettspielwettabend. — **Mahlsdorf:** Melanchthonstr. 22. Sozialistische Führer und Denker, 2. Teil. — **Hermsdorf:** Treffpunkt zur Flugblattverbreitung (Frohnau) 18½ Uhr „Fiete Ecke“. Erscheinen Pflicht. — **Reinickendorf-West:** Gewelistr. 1. Leseabend.

SDG. Neukölln: 18½ Uhr KWG., Zeichensaal, wichtige Besprechung über die Elternbeiratswahlen.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Vorsitzendenkursus 20 Uhr Sonnenburger Straße. „Rote Noten“ Probe bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36. Einige Genossinnen und Genossen werden noch aufgenommen.

Werbebezirk Westen: Mitgliederversammlung 19½ Uhr Roßnenstr. 4. Erich Schmidt spricht über „Einheitsfront“.

Werbebezirk Tempelhof: Außerordentliche Mitgliederversammlung Lyzeum Götzstraße.

Werbebezirk Neukölln: Sprechstunde 18 Uhr Ganghoferstraße. Werbeausschuß 19 Uhr ebendort. Alle Gruppen müssen vertreten sein. Erster Appell der Jüngeren-Aktionsgruppen 20 Uhr: Gruppe 1, 2, 3, 9 und 11 Heim Fliethstr. 58; Gruppe 4, 6, 7, 8, 10 und Weiß Zeichensaal der KWG.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Abteilungsleiter!

Die bestellten Flugblätter für weltliche Schulen für die Elternbeiratswahlen sind vom Bezirkssekretariat abzuholen.

Abteilungskassierer!

Die Abzeichen der Eisernen Front (drei Pfeile) sind gegen Ausweis in der Kasse des Bezirksverbandes, Zimmer 6, in Empfang zu nehmen.

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

1. **Kreis.** Wählerversammlung der 180. weltlichen Schule, Augustftr. 67—68, Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, im Klubhaus, Rosenthaler Garten, Rosenthaler Str. 14. Warum Liste „Schulaufbau"? Referent: Rektor E. Wendicke. Die Mitglieder der 1., 5., 6. und 7. Abt., deren Kinder dort zur Schule gehen, werden besonders darauf hingewiesen.

11. **Kreis Schöneberg.** Donnerstag, 23. Juni, bei Will, Martin-Luther-Str. 69, Kreisfunktionärsitzung. Die örtliche Kampfleitung der Eisernen Front nimmt an der Sitzung teil. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

12. **Kreis.** Donnerstag, 23. Juni, 15½ Uhr, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder im Speiseraum der Schule Steglitz, Friesenstraße. Unser Kampf für die Lebensrechte der Arbeiterklasse. Referent: J. P. Mayer.

18. **Kreis.** Donnerstag, 23. Juni, 15 Uhr, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder im neuen Sport- und Jugendheim der bundestreuen Sportler der Partei, Weißensee, Rennbahngelände, Rennbahnstraße. Politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Referent: Alfred Markwitz.

17. **Abt.** Die Karten zum Rast müssen umgehend abgerechnet werden. Die Abrechnung der Markenbestände muß bis zum 30. Juni vollzogen sein.

24. **Abt.** Donnerstag, 23. Juni, ab 18 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

78. **Abt.** Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, bei Schmidt, Eberstr. 18, Abteilungsmitgliederversammlung. Der Kampf um den neuen Reichstag. Referent: Georg Maderholz, M. d. L.

92. **Abt.** Heute im Jägerheim Wildenbruchstr. 83 Zusammenkunft jüngerer Parteimitglieder. Die verfassungsrechtliche Situation im Reich und in Preußen. Referent: Dr. Franz Neumann.

101. **Abt.** Heute Zahlabend bei Manz, Kiefholzstr. 21, für den 3. Bezirk. Politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Referent: Genosse Amberg. Sonnabend, 25. Juni, 19 Uhr, in der Spedition Graetzstr. 50, Zusammenkunft aller Helfer für die Elternbeiratswahlen.

116. **Abt.** Freitag, 24. Juni, 20 Uhr, bei Morr, Neue Bahnhofstr. 28, wichtige Funktionärsitzung. Die Betriebsvertrauensleute müssen auch erscheinen.

120. **Abt.** Achtung, Bezirksführer! Heute, 17¾ Uhr, Zusammenkunft beim Abteilungsleiter.

140a. **Abt.** Freitag, 24. Juni, 20 Uhr, öffentliche Versammlung der Liste „Schulaufbau" bei Eberhardt, Lichtenrader Straße. Elternbeiratswahlen — politische Wahlen. Referent: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.

Blindensektion. Freitag, 24. Juni, 20 Uhr, bei Scholz, Adalbertstraße, wichtige Sektionsversammlung.

Frauenveranstaltungen.

3. **Kreis.** Donnerstag, 23. Juni, 19½ Uhr, Kreisfrauenabend in den Atlantiksälen, Behmstraße (Bahnhof Gesundbrunnen). Frauen und Konsumgenossenschaft. Referent: Geschäftsführer Genosse Böhm. Die Funktionärinnen treffen sich im gleichen Lokal eine Stunde vorher.

140a. **Abt.** Da die Mitgliederversammlung am 22. Juni ausfällt, findet auch die Funktionärinnenbesprechung nicht statt. Die Genossinnen beteiligen sich restlos an der Schulversammlung am Freitag, dem 24. Juni.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

7. **Kreis Charlottenburg.** Freitag, 24. Juni, 20 Uhr, wichtige Sitzung der Arbeiterwohlfahrt im Jugendheim Rosinenstraße. Abrechnung der Sammellisten.

13. **Kreis Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade.** Freitag, 24. Juni, 20 Uhr, Sitzung der Arbeiterwohlfahrt Tempelhof, Dorfstr. 42, Sitzungszimmer 2. Referentin: Genossin Dr. Wegscheider über „Arbeitsdienstpflicht". Erscheinen aller Wohlfahrtspfleger(innen) Pflicht.

18. **Kreis Weißensee.** Freitag, 24. Juni, 20 Uhr, im Heim der Rennbahn, Rennbahnstraße, Sitzung der Funktionäre und Helfer der Arbeiterwohlfahrt. Genosse Marquardt spricht über „Fürsorgeerziehung".

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Kreise werden gebeten, die Teilnehmerzahlen für das Zelt- und das Restfalkenlager schnellstens der Geschäftsstelle mitzuteilen.

Kreuzberg. Achtung, heute tagen die Lagergemeinschaften, alle Falken und Helfer, die in die Sommerlager gehen, müssen daran teilnehmen!

Tempelhof. Zeltlager- und Restfalkenlagerteilnehmer. Donnerstag, 23. Juni, 16½ Uhr, treffen sich die Zeltlagerfahrer bei Jahn, Tempelhof, Braunschweiger Ring 29. Donnerstag, 30. Juni, Untersuchung im Gesundheitshaus Mariendorf, Markgrafenstraße, 9 Uhr.

Neukölln. Zeltlager-Werbeveranstaltung Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, im Saalbau Bergstraße. Eintritt 20 und 30 Pf. Freunde und Genossen unserer Bewegung erwarten wir.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

97. **Abt.** Unser langjähriger Genosse Fritz Handreka, Warthestr. 30, ist nach langem schweren Leiden verstorben. Ehre seinem Andenken! Trauerfeier Freitag, 24. Juni, 14½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Zahlreiche Beteiligung erwartet die Abteilungsleitung.

125. **Abt.** Unser Genosse Ernst Zemlin, Langhansstraße, ist verstorben. Ehre seinem Andenken! Einäscherung Mittwoch, 22. Juni, 19 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand. Wir bitten alle Studenten, die dem Reichsbanner angehören, ihre vollständige Adresse dem Gaubüro mitzuteilen. — **Pankow** (Ortsverein). Mittwoch, 22. Juni, 19½ Uhr, Treffpunkt des gesamten Tambourkorps und aller Sport- und Jungba-Kameraden vor gewohnter Turnhalle. — **Tiergarten** (Ortsverein). Mittwoch, 22. Juni, 20½ Uhr, Appell des gesamten Ortsvereins in bekannter Turnhalle.

*

Jungbanner Berlin: Wichtige Zusammenkunft aller Kreisführer und Ortsvereinsführer des Berliner Jungbanners am Mittwoch, dem 22. Juni, 20 Uhr, im Gaubüro. — Jungbanner Neukölln: Mittwoch, 22. Juni, pünktlich 20 Uhr, Versammlung im Jugendheim Neukölln, Kanner Straße. Pflichtveranstaltung für alle Kameraden von 17—21 Jahren!

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin.

Geschäftsstelle: NO. 43, Jostystr. 4, Telephon: E 3 Königstadt 5440.

Armbinden Nr. 82 und 177 sind verlorengegangen und werden hiermit für ungültig erklärt. Finder werden gebeten, dieselben nach oben angegebener Adresse abzuliefern.

Freie Nationale Schülerschaft. Donnerstag, 23. Juni, 17 Uhr, Jugendheim Spreestr. 30 (nahe der Städtischen Oper). Diskussion über Schülerselbstverwaltung. Es sprechen Vertreter der Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, des Zentrums und der FRS. Gäste willkommen!

Longfellow English Debating Club, Bülowstr. 104. Heute abend, 8¼ Uhr spricht Mr. James Bulmann-Smith M. A. über das Thema: „The quality of mercy". Gäste willkommen.

Sport.

Rennen zu Strausberg.

Herrensee-Hürdenrennen: 1. Jambus (Michaelis); 2. Törin; 3. Parademarsch. Toto: 517:10. Platz: 66, 27, 22:10. Ferner liefen: Hatto, Ledum, Carlchen, Meisterpolier, Margherita d'Arezzo, Wilma, Auteuil.

Dreijährigen-Maidenrennen: 1. Marie (Pförtke); 2. Drusus; 3. Aron. Toto: 50:10. Platz: 21, 32, 49:10. Ferner liefen: Kruzitürken, Charm, Kummer, Luciana, Tanzgräfin, Epona, Edeltanne, Chiffre.

Dämeritzsee-Verkaufs-Jagdrennen: 1. Beluga (Müschen); 2. Baron Peres; 3. Blauer Vogel. Toto: 20:10. Platz: 11, 12, 16:10. Ferner liefen: Namen, Kasbek (angeh.), Exzuſu, Fahrt, Carmen.

Wolfshagener Jagdrennen: 1. Esparsette (Müschen); 2. Osram; 3. Lorenz. Toto: 64:10. Platz: 25, 28, 21:10. Ferner liefen: Haarflocke, Festkönigin, Liliput (ausgebr.), Neuplaine, Heidekönigin, Landjäger.

Preis von Hahnenbick: 1. Goldfee (H. Schmidt); 2. Maienfog; 3. Siesta. Toto: 103:10. Platz: 24, 24, 17:10. Ferner liefen: Khedive, Morgenrot, Wanda, Araber, Otto, Perasperum.

Quast-Jagdrennen: 1. Rentmeister (Unterholzner); 2. Optant; 3. Hidigeigei. Toto: 36:10. Platz: 16, 18, 15:10. Ferner liefen: Kismet, Medina, Sternkunde, Kern, Fanfare, Unfug.

Juni-Ausgleich: 1. Abt. 1. Cyerone (Böhlke); 2. Verdi; 3. Hoheit. Toto: 70:10. Platz: 24 14, 17:10. Ferner liefen: Mausi, Orenburg, Trianon, Komm voran, Chinafeuer, Constable, Pomo. 2. Abt. 1. Marketenderin (Streit); 2. Eldon; 3. Sonnenstrahl. Ferner liefen: Honestus, Manitoba, Flüela, Mafia, Tramonte, Fredschar, Sandsturm.

Doppelwette: Marie — Beluga 144:10.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater

Mittwoch, den 22. Juni

Staatsoper Unter den Linden

20 Uhr

Sizilianische Vesper

Staatl. Schauspielhaus Gendarmenmarkt. 20 Uhr — **Jeppe vom Berge**

Schiller-Theater Charlottenburg. 20 Uhr. Zum 25. Male — **Die Räuber**

Städt. Oper Charlottenburg, Bismarckstraße 34. Mittwoch, 22. Juni. Turnus IV. **Samson und Dalila**. Amerling, Hartmann, Roth, Heyer, Kandl. Anfang 20 Uhr. Ende gegen 23 Uhr

SCALA Tägl. 5 u. 8¼ Uhr. Fernande Linder. 2 Bores, W. Rosen usw.

PLAZA Kleine Schiller-Str. 5 u. 8¼, Stgs. 2, 5, 8¼ U. E 7 Weidendamm 4031. Schwarzwaldmädel

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 8¼ Uhr. **Geld ohne Arbeit**. Komödie von Alberto Colantuoni. Bearbeitet von R. A. Stemmle. Regie: Günther Stark

Winter Garten 8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl. Paul Graetz. Peter Sachse. Jenny & Piccolo. Crocers & Crocers usw.

Haus Vaterland — Das Vergnügungs-Restaurant Berlins — Betrieb Kempinski

Deutsches Theater Die 8¼ Uhr **Journalisten**. Lustsp. nach Gustav Freytag von Felix Joachimson. Musik: Theo Mackeben. Regie: Heinz Hilpert.

Lessing-Theater Täglich 8¼ Uhr **Madonna wo bist Du?** Erika v. Thellmann, Luise Stösel, Theodor Loos, Josef Wedorn

Rose-Theater Große Frankfurter Straße 132. Tel. Weidendamm E 7 3427. 8.30 Uhr **Die eiserne Jungfrau**. Gartenbühne 5.30 Uhr. Konzert u. Varieté. Zigeunerliebe

Blumenspenden jeder Art sofort preiswert. Paul Gollotz, vormals Robert Meyer, Mariannenstr. 3. F 8, Oberbaum 1303

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinist

Wilhelm Schmidt

am 19. Juni gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 23. Juni, 14 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Gottlieb-Dunkel-Straße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Der **gute Kapitän-Kautabak** ist in den meisten Zigarrengesch. erhältl. C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Straße 22, Königst. 3861

Eisschränke auch gegen 12 Monats-Raten **Raddatz** Berlin W 66, Leipziger Straße 122/123

BANK UND SPARKASSE ALLER
ARBEITNEHMER
IST DIE
BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, AG BERLIN
Zentrale: S 14, Wallstraße 62, 65, Märkisches Ufer 32
Depositenkasse: SW 68, Lindenstraße 3

FREIE-WORT-VERLAG · BERLIN SW 68, LINDENSTRASSE 2
DAS FREIE WORT
SOZIALDEMOKRATISCHES DISKUSSIONSORGAN
bringt stets
DAS AKTUELLSTE ZUM WAHLKAMPF
Bestelle es noch heute bei der Botenfrau des „Vorwärts", in den Ausgabestellen oder direkt beim Vorwärts-Verlag GmbH., SW 68, Lindenstraße 3 oder auf dem Postamt (Postzeitungsliste 1930, Seite 86)
Es kostet monatlich 85 Pf. zuzüglich Porto
Verlange vom Verlag Probenummern und Werbematerial gratis und portofrei

DER AUFSTIEG DER
VOLKSFÜRSORGE
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-aktiengesellschaft, Hamburg

SOLLTE AUCH FÜR SIE EIN ZEICHEN DER LEISTUNGSFÄHIGKEIT UND DER GEBOTENEN SICHERHEIT SEIN
GEGENWÄRTIG SIND BEI IHR VERSICHERT: **2 265 000** WERKTÄTIGE MIT **850** MILLIONEN RM. Versicherungssumme
AUSKUNFT: Berlin S 42, Ritterstraße 126; Berlin-Mariendorf, Rathausstraße 3, pt.; Berlin-Köpenick, Bahnhofstraße 14; Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 172; Berlin-Reinickendorf-Ost, Schönholzer Weg 39; Berlin Pankow, Gaillardstraße 26; Berlin-Spandau, Cölestraße 5, pt., oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 57—61

KLEINE ANZEIGEN
Preise: Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf. Wiederholungsrabatt: 5 mal 5%, 8 mal 7½%, 12 mal 10%, oder 1000 Worte Abschluß 10%, 2000 Worte 15%, 4000 Worte 20%. Annahme durch den Verlag, Lindenstr. 3 (½9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen u. -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Linoleum Sziltat, Kolonie-straße 9.

Kochherde jeder Art u. Größe. Riesenauswahl. Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen-Oefen, Kesselöfen. Die alte Firma Semmler u. Blenberg, Dresdenerstraße 99. Jannowitz F 7 0651.

Schlafzimmer 250,— bis 1100,—, Dielengarnitur 19,— bis 95,—. Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbelliner-straße).

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Lowicki verkauft zu unglaublich billigen Preisen wenig getragene sowie neue Herrengarderobe. Herren- u. Damenpelze. Weitester Weg lohnt. Keine Lombardware. Prinzenstraße 105, eine Treppe.

Hosen für Zimmerer und Maurer Wilhelm Bohr, Brunnenstraße 78.

Möbel

Zurückgenommenes echt Birnbaum Schlafzimmer, Gelegenheit. Ankleideschrank, 2 Meter, kompl. mit Frisiertoilette, Ausnahmepreis 490,—. M. Hirschowitz, Andreasstraße 30.

Musik-Instrumente

Klavierpianos. Mietpianos überaus preiswert Pianofabrik Link Brunnenstraße 35.

Spottbillige Markenpianos. Gelegenheiten. Lehmann, Klavierbauer, Alexanderstraße 37.

Radio

Radioanlagen, alle Marken auf kleinste Monatsraten, billige Preise, unverbindliche Vorführungen. Szilat, Dresdenerstraße 99, kein Laden. Teleph.: Jannowitz 0455.

Nähmaschinen

Fabrikneue Schranknähmaschinen 175,— versenkbar 140,—. Kastenmaschine 120,—, fünfjährige Garantie. Markusstr. 22.

Fahrräder

Gebrauchte Freilaufräder 15,— 20,—. Werner, Adalbertstraße 9, Kottbusser Tor.

Garten, Laube und Balkon

Pförtner-Zelte, Spezialität Makozelte, Zeltbetten, Schlafsäcke, Matratzen, Spritzdecken, Persenninge, Planstoffe. Elisabethufer 11.

Drahtzäune, Drahtgeflechte, sehr billig. Wackernagel jetzt Niederschönhausen, Blankenburgerstraße 16.

Pumpen, Filter, Röhren, Schläuche, Armaturen, Spritzpumpen komplett ab 22,50, Saugepumpen ab 10,—, Beregnungsdüsen ab 2,50, Patentspritzen ab 2,—, Erdbohrer leihweise. Pumpen-Vertrieb, Markgrafenstraße 78 (Nähe Linden-Markthalle). Telephon Dönhoff 6197.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze Goldschmelzerei Christionat Köpenickerstraße 29 Hallestraße Adalbertstraße.

Fahrräder

Fahrradankauf Kraus, Gr. Frankfurterstraße 52.

Verschiedenes

Reparatur-, Maßschneiderei. Schmidt, Reinickendorf, Kamekestr. 19.

Umzüge Fuhrwesen

Autoumzüge, Eil-Transporte, Vereinsfahrten. Kurfürst 1408.

Kur-, Erholungs-aufenthalt

Erholungsuchenden empfiehlt sich Gaststätte Berenbusch, Ludwig Hofmann, Berkenbrück (Spree), erste Station hinter Fürstenwalde (Spree). Frankfurt (Oder). Von Fürstenwalde 1 Stunde Fußweg. Herrliche Waldung. Badestrand, Rudern, Angeln. Gute Verpflegung, 3,50 Mark täglich. Fernsprecher 13.

Vermiete Sommerwohnung mit Pension von 3,— M. an, ohne 1,— M. pro Tag. 15 Minuten von Rauener Berge und Scharmützelsee. Oskar Dick, Ketschendorf-Spree bei Fürstenwalde. Grenzstraße 9.

Vermietungen

Neubauwohnung, Zimmer, Küche, Korridor, gemeinsames Bad 38,—. 1½ Zimmer, Bad, Balkon, 54,—. 2 Zimmer 60,—. 2½ Zimmer 66,— Mark sofort. Friedrichsfelde, Delbrückstraße 17.

Agrarbolschewismus unter den Hohenzollern

Preußische Geschichte vor 100 Jahren. — Auch ein Beneckendorf von Hindenburg wurde saniert.

Es ist dementiert worden, daß der Reichspräsident von Hindenburg in der kurzen Zwiesprache mit seinem Kanzler Brüning auf den agrarbolschewistischen Charakter der ihm zur Unterschrift vorgelegten fünften Brüningschen Notverordnung hingewiesen habe und es auch deshalb zur Kabinettskrise gekommen sei. Dennoch besteht kein Zweifel, daß ähnliche Gedankengänge der Stein des Anstoßes waren: die Großagrarier mit Oldenburg-Januschau an der Spitze waren die zum Sturz Brünings treibenden Kräfte, und des Reichspräsidenten Besuch in Neudeck spielte dabei eine wichtige Rolle. Wir haben keine Ursache, Brüning für uns zu reklamieren. Wir glauben aber doch betonen zu dürfen, daß

der Gedanke der Aufteilung der unhaltbar gewordenen Großgüter

grundsätzlich richtig war und uns tatsächlich ein Stück vorwärts gebracht hätte, und daß andererseits der agrarpolitische Weg der jetzigen im ostelbischen Junkertum verwurzelten Reichsregierung subjektiv kurzsichtig und objektiv falsch ist. Er ist nicht nur einer Neuordnung der Gesamtwirtschaft abträglich, sondern er wird auch zu keiner gedeihlichen Einordnung der ostelbischen Agrarwirtschaft in die Gesamtwirtschaft führen. Den Beweis braucht nicht erst die Zukunft zu bringen, sondern den hat die preußische Geschichte schon vor hundert Jahren gebracht. Man muß nur staunen, wie wenig die sich ihrer „altpreußischen Erziehung" so gerne rühmenden Barone der Papen-Regierung jene Zeit zur Kenntnis genommen und aus ihr gelernt haben.

Auch vor mehr als hundert Jahren wurde Preußen von einer Agrarkrise heimgesucht. Die Ursachen waren zunächst andere, die Gesamtlage wurde dann aber die gleiche, wie wir sie heute haben. Der preußische Staat befand sich in der größten Finanznot. Kriegskontributionen drückten Stadt und Land.

Vielleicht darf man in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die Stadt Königsberg i. Pr. die ihr im Jahre 1807 von den Franzosen auferlegte Kriegslast erst im Jahre 1901 endgültig tilgen konnte. Danzig gelang die Abtragung bereits (!) im Jahre 1860, nach 53 Jahren also! Die Güter waren überlastet. Zwangsversteigerungen blieben oft ohne Erfolg, da sich kein Käufer für die Güter fand. Der Kurs der Pfandbriefe sank auf ein Drittel ihres Werts. Die Getreideproduktion war infolge der Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik, die sich vor allem an den Namen Thaer knüpft, in ungeahntem Maße gestiegen, die Getreidepreise auf einem nie gekannten Tiefstand angelangt. Es mußte ein Ausweg gesucht werden, wenn nicht das Chaos in unmittelbare Nähe rücken sollte.

Auch damals wurde jahrelang debattiert. Es wurden Fonds geschaffen, aus denen Gelder so verteilt werden sollten, daß alle Interessen gewahrt blieben. Doch

die adligen Deputierten und ständischen Vertretungen identifizierten auch damals ihr Privatwohl mit dem Allgemeinwohl,

und da ihnen selbst die Verteilung der Erneuerungsfonds überlassen blieb, konnten sie mehr als 80 Proz. der Allgemeinmittel für sich flüssig machen. Es wurden auch damals Zölle und sogar die Einfuhrsperre in Erwägung gezogen. Es wurde all das getan, was uns heute anschaulich und gegenwartsnah als Wahnwitz deutlich genug ins Bewußtsein eingehämmert wird.

Aus dieser Zeit des Zögerns, der Versuche, der Bereicherung kleiner Gruppen an der Not der Zeit und des Beharrens in den Bahnen der Sozialisierung der Verluste befreite erst die Einsetzung Theodor von Schöns als Oberpräsident der vereinigten Provinzen Ost- und Westpreußen im Jahre 1824. War Schön infolge seiner liberalen Einstellung auch kaum zu großzügigen umfassenden Maßnahmen neugestaltender Art fähig, denn der Liberalismus ist in seiner äußersten Konsequenz unschöpferisch, so lehrt doch seine Tätigkeit eins mit aller Deutlichkeit: Wird das egoistische Standesinteresse großagrarischer Junker nicht rücksichtslos unterbunden, wird nicht eine brutale Bereinigung der Agrar- (und Industrie-) verhältnisse vorgenommen, dann gibt es keine Gesundung der Wirtschaft.

Man stand damals vor der Frage — so deduzierte Theodor von Schön schon in einem Gutachten von 1807 —, entweder den einzelnen zu unterstützen oder allgemeine Maßnahmen ohne Rücksicht auf den einzelnen zu treffen. Er entschied sich für den zweiten Weg, lehnte jede Unterstützung nichtlebensfähiger Güter ab, hatte keine Bedenken, solche Betriebe in die Zwangsversteigerung kommen zu lassen, um sie so von Schulden zu bereinigen, gleichzeitig neue Betriebskapitalien in die bedrohten Provinzen zu bringen und vor allem auch neue Kräfte in den östlichen Agrarprovinzen anzusetzen.

Freilich konnte auch er der Unterstützungen nicht ganz entraten. Doch war er selbst Gutsbesitzer und kannte seine Pappenheimer (Setzer! Bitte zwei p!). Nur diejenigen Gutsbesitzer sollten Unterstützungen empfangen, die noch nicht zu drei Viertel des Gutswertes verschuldet waren.

Kündigung von Hypotheken durch Verwandte durfte kein Anlaß zur Unterstützungszahlung sein, „weil, wenn eine Familie selbst die Güter nicht zu erhalten bemüht ist, der Staat diese für sie zu erhalten kein Interesse hat":

(hört ihr, ihr Osthilfeanwärter?). Außerdem wurden die Unterstützungen nicht einfach so hingegeben, sondern die Unterstützten mußten sich verpflichten, die Gelder in vorgeschriebener Weise zu verwenden und sich außerdem jeder Kontrolle zu unterwerfen. Es sind Fehlschläge zu verzeichnen gewesen, und mancher Schön besonders nahestehende Gutsbesitzer mag etwas größere Vorteile gezogen haben als andere; im großen und ganzen übte aber Schöns rücksichtslose Haltung gegenüber seinen Standesgenossen einen heilsamen Einfluß aus, und die Umstellung der Wirtschaft — damals wurde besonders die Schafzucht gefördert — konnte tatsächlich erreicht werden.

Was vor allem vermieden wurde, war die Auszahlung von Unterstützungen, bei denen von vornherein klar war, daß sie nicht zurückgezahlt wurden. Mit rücksichtsvoller Strenge bestand Schön auf die Verzinsung und Tilgung der bereitgestellten Beträge. In dieser Hinsicht lehnte er jede Konzession ab.

Auch Herr Landschaftsdirektor Beneckendorf von Hindenburg auf Gut Neudeck, der einen Vorschuß aus dem Unterstützungsfonds erhalten hatte, wurde mit mehreren seiner direkt an den König gerichteten Immediatgesuche auf Erlaß des Unterstützungskapitals abschlägig beschieden.

Der heute schon öfter als einmal ausgesprochene Gedanke, daß „es ratsamer ist, eine Pension zu bewilligen, als Kapital hinzugeben, dessen Verlust vorauszusehen ist", war eine der Richtlinien für die Schönschen Unterstützungsmaßnahmen.

Die unerbittliche Rücksichtslosigkeit Schöns trat besonders da hervor, wo er die überschuldeten Güter ohne Ansehen der Person in Zwangsversteigerung gehen ließ. Sie hat Schön über das Grab hinaus die Abneigung weiter Kreise der ostpreußischen Gutsbesitzer eingebracht, denen sich — wahrscheinlich infolge einseitiger Informationen durch seine Standesgenossen — auch Bismarck zugesellte. Schön hatte sich durch Kabinettsorder das Recht gesichert, als eine Art Ostkommissar bei den Landschaften (das sind die ländlichen Kreditinstitute) exekutive Maßnahmen gegen die mit der Zinszahlung säumigen Schuldner bewirken zu können. Dieses Recht nahm er mit aller Energie wahr. Er stand mit der Peitsche hinter den landschaftlichen Kollegien, die er für jede Abweichung von den Bestimmungen mit ihrem Vermögen verantwortlich machte.

„Am meisten", schreibt Schön, „habe ich mit der Gewohnheit der alten Gutsbesitzer zu kämpfen, welche böse werden, wenn die Landschaft von ihnen Zinsen fordert. Sie finden das impertinent und verklagen heimlich die Landschaft bei mir, daß dies immer noch zu sanfte Wesen sie inkommodiere".

Von 1824 bis 1834 fielen etwa 230 Güter den von Schön im Interesse der Neugestaltung der Agrarverhältnisse Ost- und Westpreußens betriebenen landschaftlichen Versteigerungen zum Opfer. Wie groß die Zahl der Versteigerungen war, die nicht von den Landschaften betrieben wurden, ist nicht bekannt. Daß sich auch hier Schöns Einfluß auswirkte, ist aktenkundig.

Der Erfolg blieb nicht aus. Dank der Schönchen Rücksichtslosigkeit waren die ost- und westpreußischen Agrarverhältnisse innerhalb zehn Jahren bereinigt. Der Kreditmarkt funktionierte wieder. Neues Betriebskapital und neue Kräfte strömten in die östlichen Provinzen. Die versippten und verschwägerten adligen Gutsbesitzer mußten ehemaligen Inspektoren und Landwirten aus anderen Provinzen weichen, und ein neuer Stamm tüchtiger Landwirte schlug Bresche in die verfilzten Standesschichten. Der Eckpfeiler der damaligen Agrarreform war die Aufhebung der Erbuntertänigkeit, die unter den damaligen Verhältnissen die Einführung einer völlig neuen Wirtschaftsordnung bedeutete.

Wenn im Wandel der Geschichte wieder viele der damaligen Maßnahmen rückgängig gemacht wurden, so war das die Konsequenz einerseits der allgemeinen Benachteiligung des Bauernstandes, dem Schön ziemlich verständnislos gegenüberstand, andererseits aber die Auswirkung der liberalen Wirtschaftsepoche, in der letzten Ende der Schwache des Starken Beute werden mußte, wenn er nicht den Sippen und Cliquen der herrschenden Klassen mit Hilfe der eigenen Organisationen Paroli bieten konnte oder es lernte, ihnen ein Halt zu gebieten.

Es wirkt wie ein Symbol der Finsternis,

daß hundert Jahre später, nachdem die ost- und westpreußischen Agrarverhältnisse dank der Rücksichtslosigkeit, Energie und Unbestechlichkeit eines Schön einigermaßen bereinigt waren und viele der unfähigen und engstirnigen adligen Gutsbesitzer ihre Güter in andere Hände legen mußten, daß hundert Jahre später ein Nachfolger der Familie von Hindenburg von Neudeck aus, das damals auch saniert werden mußte, eine zur Reform entschlossene Regierung fallen ließ und eine Junkerregierung berief, um die notwendigen Reformen zu verhindern.

Deutsches Volk, wehre am 31. Juli der Agrarreaktion!

Mi—i.

Der Skandal um Flick.

Gebrochenes Schweigen. — Offene Subvention bestätigt. — Was tut das Reich?

Gestern ist Klarheit in den Flick-Skandal gekommen. Gewisse Stellen hielten nicht dicht. Darauf scheint aus der Gruppe Flick durch den Deutschen Handelsdienst folgendes bekanntgegeben worden zu sein:

Was die Vorgeschichte anbelangt, so ist festzustellen, daß der Wunsch der Flick-Gruppe, sich von dem Gelsenkirchen-Paket zu trennen, bereits älteren Datums ist. Die Gründe hierfür liegen keineswegs in der Finanzlage der Flick-Gruppe. Die Fälligkeiten von Auslandskrediten der Flick-Gruppe beginnen erst im nächsten Jahre. Es haben sich bereits im vergangenen Jahre mehrere Auslandsgruppen für dieses Paket interessiert. Die Verhandlungen, die hierüber geführt wurden, sind auch der letzten Reichsregierung zu Ohren gekommen, und diese glaubte, wegen der Ueberfremdungsgefahr einschreiten zu müssen. Sie ist ihrerseits an die Flick-Gruppe herangetreten. Obschon das Angebot der Reichsregierung nicht unerheblich schlechter war als die vom Ausland vorliegenden, glaubte doch die Flick-Gruppe, diesem aus nationalpolitischen Gründen den Vorzug geben zu müssen, und es kam nach mehreren Vorverträgen, deren erster bereits im Februar getätigt wurde, bereits am 31. Mai zu einem endgültigen Abschluß durch Unterschrift des Reichsfinanzministers. Das Gelsenkirchen-Paket der Flick-Gruppe beträgt nominell 110 Millionen Mark. Es wird von der Dresdener Bank (vermutlich in Verbindung mit Hardy und Co.) übernommen, und zwar zum Kurse von 90 Proz. Der entsprechende Betrag beläuft sich demnach auf rund 100 Millionen Mark.

Dieser Betrag kommt auch nicht voll der Flick-Gruppe zugute. Etwa ein Drittel davon wird verwendet zur Bereinigung der Finanzlage der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. Da Bankgläubiger wiederum die Dresdner Bank ist, so handelt es sich bei diesem Drittel lediglich um eine Umbuchung. Dasselbe gilt für ein zweites Drittel der Kaufsumme, die verwendet wird zur Tilgung von Bankschulden von Tochtergesellschaften der Charlottenhütte, wobei ebenfalls die Dresdner Bank Gläubigerin ist. Lediglich das letzte Drittel (25 bis 28 Millionen Mark) fließt der Flick-Gruppe in bar zu und dürfte teilweise für Zwecke der oberschlesischen Interessen, teilweise zum Ausbau der Mittelstahl-Gruppe verwandt werden.

Soweit die Erklärung. Sie bestätigt vollinhaltlich unsere gestrigen Veröffentlichungen. Bei einem Kurs von 90 Proz. gegenüber dem letzten Kurs von 42 und dem vielleicht gerechtfertigten Kurs von 25 Proz. ist die Subvention ganz offenbar. Ergänzende Mitteilungen, die aus dem Reichsfinanzministerium stammen sollen, sprechen von nachträglichen Käufen der Dresdner Bank, um die Majorität in der Gelsen-Gesellschaft (erforderlich nominell 51 Proz. oder 226 Millionen Mark) sicherzustellen. Damit ist auch die Kurstreiberei klargestellt.

Nicht neu, aber bedeutsam genug ist die Feststellung, daß Finanzminister Dietrich den Vertrag noch als geschäftsführender Minister abgeschlossen habe. Darauf beruft sich auch die Papenregierung in einer Erklärung.

Die Verantwortlichkeit muß noch klargestellt werden. Zunächst liegen nur einseitige Erklärungen vor, deren Ursprung wir bei Flick vermuten, aber nicht sicher ist. Die jetzige Reichsregierung ist verpflichtet, alle erforderlichen Aufklärungen zu geben. Sie hat auch dem von der Sozialdemokratie geforderten Ueberwachungsausschuß des Reichstags Mitteilung zu machen und Aufklärung zu erteilen. Ebenfalls ist die Rechtsgültigkeit des Geschäftes nachzuprüfen.

Das Geschäft ist und bleibt ein Skandal, weil es kein Geschäft, sondern eine offene Subvention ist. Die behauptete Dringlichkeit ist zweifelhaft; die ausländischen Fälligkeiten scheinen viel später zu liegen. Es bleiben nur der Wunsch Flicks, seinen eigenen Besitz vor Exekutionen der Gläubiger zu bewahren, die enorme Ueberbezahlung und die Tatsache, daß mit Flick auch die deutschen Gläubigerbanken subventioniert werden, da diese wahrscheinlich bei Zwangseintreibungen Geld verloren hätten.

Ueber weiteres zu diskutieren, ist zunächst überflüssig. Was die Oeffentlichkeit jetzt braucht, sind eindeutige Klarstellungen von den verantwortlichen Stellen.

Was wird aus Bergmann?

Weiterer Auftragsrückgang. — Verlorene Bankguthaben.

Die Frage nach dem endgültigen Schicksal der Bergmann Elektrizitätswerke A.-G. beherrschte die gestrige Generalversammlung. Bei einem Kapital von 44 Mill. M. ist die Gesellschaft mit einem Verlustvortrag von 18,8 Mill. M. ins neue Geschäftsjahr gegangen. Aber in den ersten fünf Monaten des Jahres 1932 sind die Auftragseingänge weiter auf die Hälfte der Vorjahrsziffern zurückgegangen. Beschäftigt werden zur Zeit noch 2500 Mann. Wie lange noch?

Auf die verschiedenen Fragen der einzelnen Aktionäre antwortete der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. von Stauß und der Vertrauensmann der Großaktionäre AEG. und Siemens Dr. Peiers. Daß die Großaktionäre Bergmann Aufträge wegnähmen, davon könne keine Rede sein, zumal Bergmann vor allem mit anderen Spezialunternehmen konkurriere. Wenn die Glühlampenfabrik, die bestbeschäftigte Abteilung, an Osram verkauft worden sei, dann deshalb, weil anders die Mittel zur Rückzahlung eines fälligen Kredits nicht zu beschaffen waren.

Im weiteren Verlauf wurde mitgeteilt, daß aus der Frister-Beteiligung weitere Verluste zu erwarten sind. An der Elektrifizierung der Wannseebahn ist Bergmann mit einem Auftrag von 550 000 M. beteiligt. Peinlich war die Feststellung, daß die Gesellschaft bei der Pleite des Bankhauses Marcus & Co. etwa eine halbe Million Guthaben eingebüßt hat. Wenigstens in diesem Falle dürfte ein Verschulden der Verwaltung vorliegen; das ist wohl auch ein Grund für die Abberufung des alten Vorstandes.

Wenn Dr. von Stauß sich veranlaßt fühlte festzustellen, daß Bergmann in acht Jahren etwa 40 Mill. M. Steuern und soziale Lasten zu zahlen hatte und daß darin ein Hauptgrund für den Niedergang von Bergmann bestehe, so kann man das nur als Bierbank-Wirtschaftspolitik bezeichnen. Von den Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems brauchen ja die „Wirtschaftsführer" nichts zu wissen!

Die Sanierung der Iduna-Holding. Die Iduna-Holding A.-G., die für die amerikanische Finanzgruppe Rossia die Aktienbeteiligungen von den Iduna-Germania-Versicherungsgesellschaften verwaltete, muß jetzt einen scharfen Kapitalschnitt vornehmen, da die Beteiligungen mit viel zu hohen Kursen zu Buche standen. Von dem 23-Millionen-Mark-Kapital werden eine Million eigener Aktien eingezogen, der Rest im Verhältnis 11 zu 1 auf 2 Millionen Mark zusammengelegt. Die Gesellschaft soll zur Verwaltung ihrer Grundstücke, auf die ebenfalls große Abschreibungen notwendig waren, fortgeführt werden.

Gute Textilgewinne meldet die Zwirnerei Ackermann A.-G., Sontheim bei Heilbronn. Der Rohüberschuß ist mit 3,51 Mill. ebenso hoch wie im Jahre 1930. Der Reingewinn beträgt 0,99 gegen 1,05 Mill. Mark im Vorjahr und entspräche bei einem Aktienkapital von 6 Mill. Mark einer Dividende von 15 Proz. Ein Dividendenvorschlag ist noch nicht gemacht.

Hans Wolfgang Emler: Der Deserteur

Die Geschichte eines, der aus Polen flüchtete

In diesen Tagen jährte sich zum 10. Male der Tag, an dem Oberschlesien in zwei Teile zerrissen wurde. Ueber die oberschlesische Frage ist in den Tageszeitungen viel geschrieben worden. Aber von den jungen Leuten, die nun heimatlos sind und teilweise aus innerem Drang vom polnischen Militär desertieren und über die Landstraßen irren, spricht man nicht. Allein 370 polnische Deserteure werden von der deutschen Kriminalpolizei gesucht. Die wirtschaftlichen Nöte, die auf uns lasten, haben uns gefühllos gegen das seelische Elend und die körperlichen Leiden dieser Leute gemacht. In den folgenden Zeilen ist von mir, einem Oberschlesier, versucht worden, das in Oberschlesien und auf der Landstraße Erlebte zu gestalten.

Ein Mann bricht aus.

Die Kameraden schliefen. Das Heben und Senken ihrer Brust war gleichmäßig wie das Fallen und Sinken der Wellen. Kaum, daß sich einer einmal herumwarf und das Knirschen der Betten den Rhythmus störte.

Durch die Fenster starrte das Nachtdunkel. Das Blinken der Sterne im Zenith schien zu winken.

Leise verließ er sein Bett und schlich an das geöffnete Fenster. Draußen webte die Nacht ihr Geheimnis. In ihr feines Singen drang der harte Klang des taktmäßigen Trittes der Wache. Er beugte sich zum Fenster hinaus und sah nach dem Soldaten.

Der Tau kühlte seinen fiebrigen Körper. Er fröstelte. Ein schwaches Licht dämmerte aus der Wachtstube auf die Straße, umschwebte die Gestalt des Postens und glitt über den Stahllauf des Gewehrs.

Der am Fenster kroch unwillkürlich mehr in sich hinein. Er empfand wieder den unerträglichen Druck der letzten Zeit. Mit seiner ganzen inneren Kraft wehrte er sich, ein Etwas zu sein, das er nicht sein wollte, dieses Etwas, das aus ihm eine Maschine machte. Ein fremdes Wort, knarrend wie ein Hebelzug, und er stand still; ein Wort — und er ging, ein anderes kurzes Wort — und er preßte den harten Holzschaft in sein weiches, lebendes Fleisch, zielte mit dem blaugrauen Stahlrohr und schoß — heute noch wie im Spiel auf Puppen und Scheiben, morgen vielleicht schon hin über die grauen Steine auf Brüder und Schwestern.

Seine Gedanken streiften in die Freiheit. Er sehnte sich nach dem Zuhause. Es war ein tiefes, heißes Sehnen, das an jeder Faser seines Seins riß. Das Heimweh machte ihm die Fremde noch fremder.

Felix ging an sein Bett. Sein Körper bebte vor Erregung und Kälte. Ohne klaren Gedanken, wie unter fremdem Zwange kleidete er sich mit zitternder Hast an. Den fliegenden Atem zurückgepreßt, blieb er lauschend stehen.

Der Schritt der Wache auf der Straße klang wie springendes Glas. Der Atem der Schlafenden wogte ineinander.

Auf den Zehen schlich Felix aus dem Zimmer über den Korridor die Treppen hinunter. Die Brust war voller Spannung, als wolle sie die Hülle sprengen. Das Herz raste zuckend, die Adern am Halse pochten würgend, und die Pulse in den Schläfen hämmerten stechend. Seine verhaltene Erregung ließ sich kaum zurückdrängen.

Als er sich zur Hintertür hinaus auf den Kasernenhof getastet hatte, lief er wie gehetzt, die Schuhe unter die Arme gepreßt.

An einer dunklen Mauer blieb er stehen. Drohend lag hinter ihm der dunkle, massige Block der Kaserne, vor ihm stand die hohe Mauer. Er fühlte wieder den Druck des Gefangenseins — deutlicher, beklemmender als all die Tage und Monate vorher.

Er starrte auf den First der Mauer. Ein purpurner Feuerschein malte sich in das Dunkel des Himmels und löste die Mauerkante scharf von der unerfühlbaren Ferne ab. Das Licht verschwamm im tiefen Horizont.

Felix starrte in den ersterbenden Schein des verlöschenden Hochofens. Dort ist die Freiheit! jubelte seine Seele.

Mit einem Satz sprang Felix an der Mauer hoch. Die Schuhe hatte er um den Hals gehangen. Die tastenden Hände verkrampften sich saugend im Gestein. Spitze Glassplitter schnitten schmerzhaft ins Fleisch; der Körper hing schwerfällig hinunter.

Hinter ihm waren die Kaserne, die Korporäle und der Zwang. Der Körper, wie an die Mauer geklebt, krümmte sich vor Anstrengung, Erregung, Angst und Schmerz. Die blutenden Hände saugten sich fester in die Scherben und das graue Gestein. Krampfhaft tasteten sie vorwärts. Der Körper bog sich und glitt nach.

Felix kämpfte den Kampf der Verzweiflung. Jede Fiber des bebenden Körpers arbeitete. Die Zehen fühlten an den Steinen entlang, rutschten an den glatten Flächen ab, suchten weiter und blieben endlich im Mörtelstreifen haften. Der Körper wand sich. Dann — ein Satz und er war über der Mauer.

Vor ihm in Schweigen und Dunkel lag die Freiheit.

Er atmete erleichtert auf, aber bald wieder fühlte er, daß drohend etwas hinter ihm lag. Er zog seine Schuhe an und hastete durch die Nacht. Hinaus zur Stadt, vorwärts ging es durch taufeuchte Wiesen, durch schmale Feldwege an wispelnden Kornfeldern entlang. Der trunkenmachende Dunsthauch der Wälder umfing ihn. Rastlos lief er weiter. Zerbrach ein dürrer Ast unter seinen Füßen oder jagte ein Tier auf, dann schrak er aus seinem dumpfen Brüten und Vorwärtseilen auf, blieb stehen und versuchte zu denken. Wütend fraß sich der Schmerz in die Hände. Die Wunden zuckten. Das Naß der Gräser durchfeuchtete die Schuhe. Aber zum Denken fehlte das Gefühl. Nur der eine Gedanke, der kreisend immer wiederkehrte, wohl gewaltsam aus dem Unterbewußtsein sich emporrang, löste mechanisch die Bewegungen der Glieder aus: Ueber die Grenze! Vorwärts — marsch! Und er ging, ohne daß sein Ich dabei war — wie auf dem Kasernenhofe.

Ein Glockenschlag verklang. Aus der Ferne drang das Heulen eines Dorftöters. Ein Lokomotivpfiff schrie auf.

Er kam an einen Bach. Das Wasser wälzte sich leise gurgelnd dahin. Kleine Mondlichter tanzten auf den Wellen. Er fand keine Brücke und ging mit den Schuhen durch das Naß. Das Wasser quatschte zwischen den Zehen, die Schuhe lagen wie eine schleimige Haut an den Füßen. Ein Schwarm Rebhühner flog auf. Die Flügel peitschten singend und surrend. Einige Tiere stießen unterdrückte Schreie aus.

Erschrocken, ernüchtert blieb er stehen, ganz wach. Im Osten dämmerte ein unbestimmtes Licht. Langsam ertranken die Sterne in der Helle, zuerst die kleinen, dann die größeren. Das Gelb des Mondes verblaßte, wieder verzitterte ein Glockenklang.

Angestrengt lauschte Felix. Die Töne klangen ineinander zu einem Summen. Er konnte die einzelnen Schläge nicht voneinander trennen.

Wo war er? War er schon jenseits der Grenze? Mit dem Gedanken schlich die Angst ihn wieder an. Suchend sah er umher. Felder, Steine, Wege, Wälder — —, die Bäume waren wie überall, die Gräser, auch der Vogel, der zwitschernd aufflog. Sie wußten nichts davon, daß da irgendwo am Bache, am Wege, zwischen dem Grün ein behauener grauer Stein stand, in den auf der einen Seite ein D und auf der anderen ein P gemeißelt war.

P — D — ein Stein — dann wieder ein Stein — eine Grenze mitten durch die Felder und Wälder, eine Grenze, die Menschen auseinanderriß.

P — D. Wohin gehörte er? Drüben lag Heimat und Elternhaus, aber drüben lagen auch das Fremde, der Zwang, die ihn vergewaltigten. Hierhin zogen ihn seine Sehnsucht und das Verlangen nach Freiheit. Nun, wo das Ungewisse vor ihm stand, fand er auf keine der Fragen eine klare Antwort. Wohin gehörte er, und wo war er jetzt?

Unruhe trieb ihn vorwärts, er schlug einen Weg ein, der westlich führte. An einer Wegkreuzung stand ein Pfahl mit verwittertem Schild. Felix blieb stehen und starrte auf die vom Regen verwaschenen Buchstaben. Dann ging er auf den Weiser zu, umarmte das Holz und weinte. Aller Druck wich von ihm.

Jenseits der Grenze.

Als Felix in der Waldlichtung erwachte, flimmerte schon der Sonnenglast um die Baumkronen. Verwundert sah er sich um. Feine Goldstäubchen spielten in der Luft. An den Gräsern und Blumen hingen Tautröpfchen, gleißten, glänzten und strahlten buntes Licht wie blitzende Sonnen. Bienen, Hummeln, Fliegen und Käfer schwärmten mit feinen, singenden und tief brummenden Tönen. Es klang wie ein anschwellendes und dann wieder fern verklingendes Lied. Wie unwirklich gaukelten bunte Falter.

Mit einem Ruck sprang Felix auf. Ein wenig trunken noch, bewegte er langsam die starren Glieder. Jetzt erst verspürte er den Schmerz in den geschwollenen Händen. Sein Magen wand sich laut gurgelnd. Am Gaumen lag ein ekler bitterer Geschmack wie nach einer durchzechten Nacht. Elend, mit schweren Gliedern schleppte er sich zurück zum Wege. Er schwankte und taumelte mehr als er ging. Manchmal wunderte er sich, daß er nun über die erlahmte Freiheit so wenig Freude empfand. Aber das „Was nun?" war stärker als alles andere.

Felix wankte durch ein Dorf. Der Hunger und der Blutverlust machten ihn trunken. Er wollte um etwas zu essen bitten. Aber die Dörfler sahen ihn erschreckt an und liefen davon. Es waren nur Greise, Kinder und Frauen im Dorfe. Die Männer arbeiteten auf den Feldern.

Felix verlor den Mut, jemand anzusprechen. Der Hunger wurde schmerzhaft fühlbar. Er zwang sich gewaltsam, an eine Tür zu pochen. Schritte schlurrten näher, die Tür wurde langsam geöffnet. Ein Aufschrei — sie flog wieder zu, und der Schlüssel drehte sich knarrend im Schloß. Aus dem Aufschrei hörte er das Wort „Mörder" heraus.

Er hastete weiter. In der Scheibe eines kleinen Ladens sah er sein Spiegelbild. Er erschrak. Die Haare waren verklebt und hingen wirr herab. Das Gesicht war mit Blut verschmiert. Er sah an sich herunter. Ueberall waren an der braunen Uniform große, dunkle Blutflecken. Er versuchte, seine Haare zu ordnen, die Hände waren schwer und die Finger wie leblos. Er wankte weiter zum Dorfe hinaus und legte sich im Straßengraben nieder. Das Unüberlegte seiner Handlung kam ihm zum ersten Male zum Bewußtsein. In die Freiheit hatte er gewollt und kam sich doch gefangener vor denn je. Der Zwang lag nun hinter ihm wie die Grenzpfähle, aber da hinten lagen auch Elternhaus, Vater, Mutter, Schwestern, Brüder.

Dem Vater zuliebe war er vor Monaten dem Stellungsbefehl gefolgt, und weil er nicht Hof und Heimat verlassen wollte. Den Flecken Erde, die Heimat, liebte er, aber nicht das andere, das erbarmungslos in seine persönlichsten Verhältnisse griff. Er fühlte nichts für das polnische Vaterland, für das er Mordwaffen handhaben lernen sollte. Die Offiziere, Korporäle und auch ein großer Teil der Mannschaften waren seinem Wesen fremder als die Menschen, die jenseits der Grenze wohnten, mit denen ihn zum Teil Blutsgemeinschaft verband. Felix kannte keinen klaren Begriff Vaterland. Er liebte nur die Heimat, und die hörte nicht an der Grenze auf. Er war widerwillig gegangen. Das Treiben in der Kaserne erschien ihm sinnlos. Der Sinn dieser großen Sinnlosigkeit war der Haß, der den Menschen jenseits der Grenze eingepflanzt wurde. Dagegen hatte sich sein ganzes Innere aufgelehnt, denn diesen Menschen, gegen die gehetzt wurde, fühlte er sich verbunden. Deshalb war er desertiert. Aber mit eisernem Zwange hielt ihn das Drüben fest. Die Freiheit hatte er — von Hause war er für immer getrennt.

Eine Hand legte sich auf seine Schulter. Er empfand diese Hand wie eine schwere, drückende Last. Erschrocken blickte er auf. Ein Landjäger in Uniform forderte ihn auf, mitzukommen.

(Schluß folgt.)

Erich Sachsenröder: „Wegen Stillegung"

In dieser Nacht hatte Heinrich Müller einen Traum. Er sah weite Räume und sich selbst darin gehend, immerzu, die Räume nahmen kein Ende und er ging hindurch, von weitem sah er seinen Bürotisch stehen und er ging darauf zu und konnte ihn doch nicht erreichen.

Heinrich Müller gab nichts auf Träume. Er hatte mit den realen Dingen des Lebens genug zu tun und keine Zeit für derlei Spielereien, die sich die Natur mit uns erlaubt, wenn wir ihr im Schlafe hilflos preisgegeben sind.

„Traumdeuten", pflegte er zu sagen, „ist eine Beschäftigung für Narren und Richtstuer". Daran knüpfte er dann noch einige Bemerkungen allgemeiner Lebensweisheit, daß Träume Schäume seien und knurrte im übrigen seine Frau ärgerlich an, wenn sie ihm beim Frühstück einen Traum erzählen wollte. Denn er war bereits beim Morgenkaffee eifrig beschäftigt, machte sich Notizen, was er diesen Tag zu erledigen gedachte; er war gewissermaßen schon im Dienst.

Seit vierzig Jahren war er so im Dienst, als kleiner Bürolehrling hatte er angefangen, und immer sein ganzes Interesse auf die „Firma" konzentriert, sein Denken und Fühlen wurde beinahe vollständig davon absorbiert, beinahe hätte er darüber das Heiraten vergessen, so nahm seine Tätigkeit alle seine Lebensäußerungen in Anspruch.

„Aber ich habe es zu etwas gebracht", sagte er, denn er war im Laufe der Jahre erster Buchhalter geworden.

„Ihm kann nichts passieren", sagten seine Bekannten, denn man wußte allgemein, was seine Kraft für die Firma bedeutete.

Bis der Zusammenbruch kam. Die Firma machte Pleite. Es kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Selbst der erste Buchhalter Heinrich Müller wußte nichts von den Schwierigkeiten, in denen sich die Firma befand, und von dem Unheil, das sich drohend zusammenzog. Eines Tages verlangte die Konferenz der Direktoren eine Vorlegung der Bücher und dann sagte man ihm: „Der Betrieb wird geschlossen".

Es war ihm, als habe man sein Todesurteil gesprochen. Der Betrieb wird geschlossen, die Firma wird aufgelöst. Ja, was sollte er dann noch? Sein Handeln hatte bisher gewissermaßen unter dem Gedanken gestanden: „Die Firma bin ich", das war der kategorische Imperativ seines Lebens gewesen. Und nun? Die Firma wird aufgelöst? Man hätte ebensogut sagen können: „Sie werden aufgelöst".

Im übrigen spielte sich die ganze Sache sehr schnell ab. Ohne Sentimentalität wurde allen Angestellten zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Heinrich Müller befand sich unter der Gruppe, die bis zuletzt tätig war. So erlebte er gleichsam das Sterben des Betriebes. Es war, wie wenn einem Menschen nach und nach sämtliche Glieder amputiert werden. Zuletzt war nur noch der Kopf übrig. Der Kopf, das war die Buchhalterei, und das Gehirn der Buchhalterei war Heinrich Müller. Aber es war klar, daß ein Kopf allein nicht leben kann. Und so kam der Tag, an dem alle Angestellten mit dem letzten Gehalt ihre Papiere erhielten, ein Zeugnis, in denen ihnen Fleiß, Tüchtigkeit und was der Tugenden der Angestellten noch sind, in schönen, anerkennenden Worten bescheinigt wurden. „Und wünschen wir Herrn X. Y. auf seinem ferneren Lebenswege alles Gute".

Auch Heinrich Müller hatte sein Zeugnis erhalten. Es war wahrscheinlich sogar noch besser als alle anderen. Aber ihm war, als lese er seine eigene Todesanzeige. „Wegen Stillegung des Betriebes". Wie kann der Betrieb stillgelegt werden? Er, Heinrich Müller, war doch da. Nach seinem Tode, — ja, das wäre wohl etwas anderes, denn was ist die Firma schließlich ohne ihn?

Heute ging Heinrich Müller zum letzten Male den Weg ins Büro. Er ging langsamer als sonst, denn alles war bereits erledigt, es war eine reine Formsache, daß er heute noch einmal dort erschien. Heute hatte er auch Zeit, an seinen Traum zu denken. Er gehörte zu den einfachen, unkomplizierten Naturen, die im allgemeinen weder Subjekt noch Objekt einer Seelenzergliederung zu sein pflegen. Er hatte sich auch niemals um dergleichen gekümmert. Aber war der Traum nicht sein Leben? Sein Schreibtisch im Büro das war sein Platz im Leben gewesen. Diesen Platz hatte man ihm genommen, und nun konnte er gehen und gehen, er würde ihn niemals mehr erreichen, keinen Sinn für sein Leben mehr finden.

Er ging seinen Weg ins Büro und hatte deutlich das Gefühl, das er alles, was er heute tat, zum letzten Male tun würde. Immer tun wir etwas zum letzten Male, ohne uns dessen bewußt zu werden. Aber es ist ein beklemmendes Gefühl, zu wissen, daß man etwas zum letzten Male tut. Es ist wie sterben oder Abschied nehmen von einem Toten. In solchen Augenblicken übersehen wir unser Leben. Es breitet sich vor uns aus und wir sehen deutlich, wo und wann wir falsch oder richtig, gut oder böse gehandelt haben.

Vor den Augen Heinrich Müllers stand sein Leben wie auf einem Kontoblatt. Auf der Aktivseite stand groß und breit, die ganze Seite ausfüllend „Die Firma", und das war ein mächtiges Guthaben, das die kleinen Posten auf der Seite der Passiven bei weitem überstrahlte.

Er nickte befriedigt. Ja, er hatte seine Pflicht getan. Langsamen Schrittes ging er nochmals durch die Räume des Büros. Es war alles leer, Schreibtische, Stühle, Schränke — alles ausgeräumt. Einzig eine Wanduhr zeigte ganz unnötigerweise die Zeit an. Heinrich Müller blieb stehen und hielt den Zeiger fest. Dann ging er davon, nickte dem Portier, der als ein Hüter des Vergangenen hier stand, noch einmal zu. Schritt für Schritt ging er, nichts von der forschen Beweglichkeit des ersten Buchhalters war mehr zu spüren. Die Firma war aufgelöst, der erste Buchhalter war überflüssig und gestorben. Hinaus ging ein alter Mann. . . .

Europäische Aphoristiker

Blaise Pascal.

Französischer Mathematiker und Philosoph (1623—1662).

Ich kann mir gut einen Menschen ohne Hände, ohne Füße, ohne Kopf vorstellen. (Denn nur die Erfahrung lehrt uns, daß der Kopf notwendiger ist als die Füße.) Aber ich kann mir den Menschen nicht ohne Ideen vorstellen: das wäre ein Stein oder ein Tier.

Instinkt und Vernunft sind verschiedener Natur.

Die Idee macht die Größe des Menschen aus.

Die Tugend eines Menschen darf sich nicht an seinen Bemühungen messen, vielmehr an seinem gewöhnlichen Tun.

Ständige Beredsamkeit langweilt.

Er sagt gute Worte, aber er ist ein schlechter Charakter.

Wollt ihr, daß man von euch Gutes glaubt? Sagt es nicht.

Man muß sich selbst kennen: wenn das auch nicht genügt, um das Wahre zu finden, so dient es doch dazu, sein Leben zu ordnen — und es gibt nichts, was wichtiger wäre als eben dies.

Wenn ich leide, wird mich die Wissenschaft der äußeren Dinge über die Unwissenheit auf dem Gebiete des Ethischen nicht trösten; aber die Ethik wird mich immer über die Unwissenheit der Wissenschaften der äußeren Dinge beruhigen.

Immanuel Kant (1724—1804).

Das Böse verträgt sich nicht mit Grundsätzen.

Ein jeder glaubt, das zu sehen, womit sein Kopf voll ist.

Die Deutschen können gut befehlen und gehorchen.

Der deutsche Stolz geht auf die Pünktlichkeit in Ansehung der Unterscheidungen in dem, was die Ehre und Rang betrifft. Das sieht man in dem Unterschiede der Adligen und Bürgerlichen, dem Er, Ihr, Sie. Es sind alles Einteilungen und Unterabteilungen. Und eine Klasse ist bekümmert, mit der anderen verwechselt zu werden. Die Genauigkeit der Unterscheidungen ist die Sache des Deutschen; keine Gelehrten disponieren so gut; aber dieses ist dem Geschmack, vornehmlich der Freiheit des Genies, sehr hinderlich.

Die bloße Meinung der Freiheit ist schon hinreichend, die Barbarei abzuhalten.

Barbarisch heißen die Länder, die eine natürliche Unfähigkeit haben, frei oder gesetzmäßig regiert zu werden.

Der Mann ist leicht zu überreden, das Weib hingegen bleibt hartnäckig bei seiner vorgefaßten Meinung.

Die Geschlechtsliebe ist äußerst intolerant: kein Mann, der nicht etwas auf sich hält, kann den Gedanken ertragen, daß die Frau, die er liebt, und die gegen ihn günstig gestimmt ist, gleiche Neigungen gegen andere äußere.

Ausgewählt von Jens Grieter.